

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944a.
Anzeigenpreis die 5gespaltene Zeile
je 40 Pf.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Montag
Abend 6 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
etc. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Geist und Opferinn. *)

Suchen wir den Geist, damit wir ihn ändern geben können. Äußere Organisation allein tut es nicht. Was ist die Zahl der Masse gegenüber dem alles belebenden Geist — Hirn, Schale ohne Inhalt. Was tun wir mit Massen, denen das innere Verständnis fehlt für das, wozu wir sie gesammelt? Wenn wir Sauer- teig sein wollen, dann muß jeder von uns, nach Kraft und Anlage, Leben in sich tragen. Wir meinen damit eine durch eigenes Nachdenken und in stetem Kampfe gegen die niederen Mächte in uns erworbene Heber- zeugung von der inneren Wahrheit unserer christlichen Weltanschauung.

Das ist wahrlich erst sozial gedacht, wenn der Einzelne sich zum Opfer bringt für die Ge- samtheit. Nur wenige sind solcher Seelengröße fähig. Und doch beruht aller Erfolg, aller Fortschritt in der Kulturbewegung der christlichen Arbeiterschaft auf diesem Geheimnis des freudigen Opfergeistes. Niemals wird sie Lobereen pflichten, niemals die gesteckten Ziele erreichen, ohne das jeder einzelne Opfer gebracht hätte. Opfer persönlicher Wünsche und Rücksichten, Opfer der Bequemlichkeit, Opfer an Zeit, Mühe und Geld.

Werkspensionskassen.

In der Reihe der „Wohlfahrtseinrichtungen“ die von den Unternehmern für ihre Arbeiter geschaffen werden, nehmen die Pensionskassen eine der ersten Stellen ein. Was in den meisten Fällen von dieser „Wohlfahrtseinrichtung“ zu halten ist, haben wir in unserm Organ schon öfter dargelegt. Wir sind keine prinzipiellen Gegner der Wohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer. Aber gegen den Mißbrauch, der darin besteht, durch Werkwohnungen und Werkspensions- kassen die Arbeiter zu binden, haben wir stets Front gemacht. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die Herstellung von guten Wohnungen auch sei- tens der Arbeitgeber eine soziale Wohltat ist, falls keine drückenden Bestimmungen in den Mietkontrak- ten aufgenommen werden, wie wir sie schon häufig registrieren mußten. Stets ist es doch besser, wenn die Schaffung von Arbeiterwohnungen auf gemein- nützigem Wege, durch Baugenossenschaften erfolgt. Mehnlich wie mit den Werkwohnungen verhält es sich mit den Werkspensionskassen. Es ist entschieden ein löblicher Zweck, wenn ein Unternehmer seinen Ar- beitern, die längere Zeit bei ihm ununterbrochen be- schäftigt sind, für den Fall der Invalidität und des Alters zu den reichsgegesetzlichen Renten Zuschüsse ge- währt, wenn keine Nebenabsichten mit dieser „Wohlt- tat“ verbunden sind und die Arbeiter vor materiellen Schädigungen gesichert wären.

Als Muster einer Kasse wird stets die Pensions- kasse der Firma Krupp hingestellt; in bezug auf ihre Leistungen gewiß mit Recht, in bezug auf die statuta- rischen Bestimmungen aber mit Unrecht. Wir geben hier ein kurzes Bild der Kruppischen Kasse im Jahre 1906.

Die Pensionskasse der Kruppischen Gießerei- und Maschinenfabrik in Essen hatte im Jahre 1906 34 747 Mitglieder. Die Beiträge sind mit 2 1/2 Prozent des Arbeitsverdienstes bemessen; die Firma leistet einen gleichen Beitrag. Die Einnahmen der Kasse betragen:

Der Kassenbestand	926,08
Bei der Firma Krupp vorübergehend an- gelegte Gelder	406 628,26
Beiträge der Mitglieder	1 316 760,05
Beiträge der Firma	1 316 760,05
Eintrittsgelder	76 619,38

Estrafen	48 160,16
Zinsen	611 190,81
Verfallene Lehrlingslöhne	429,16
Rückzahlung von Schuldverschreibungen	10 000,—
Sonstige Einnahmen	168,—
Summa	3 378 618,57

Diesen Einnahmen stehen folgende Ausgaben ge- genüber:

Pensionen: a) für Männer	1 345 458,56
b) für Witwen (und Kinder)	470 552,62
c) für Volkswaisen	9 483,18
d) für Porto, Arzthonorare, Krankenhauskosten usw.	2563,45
Summa	1 828 057,71

In dem Vermögensbestand der Kasse floß ein Ueberschuß von 1 541 970 Mark. Das Gesamtver- mögen der Pensionskasse betrug 1 837 033 5 Mark. Aus der Kasse waren 1906: 1928 männliche Pensionäre, 1307 Witwen und 115 Volkswaisen-Pensionäre. Der Durchschnitt der Männerpensionen betrug 674 Mark, der Witwen 328 Mk., der Witwen mit Kinder 360 Mk. Die für 1906 neubewilligten Pensionen be- trugen für die Männer durchschnittlich 818 Mk., dazu kommt die Hälfte der Invaliden-, Alters- oder Un- fallrente. (Die Hälfte dieser Renten wird von der jahungsmäßigen Pension in Abzug gebracht), so daß die Gesamtrente der männlichen Pensionäre durch- schnittlich 932 Mark beträgt. Diese Leistungen der Kruppischen Pensionskasse verdienen alle Anerken- nung. Ein Vergleich der Ziffern aber zeigt sofort, daß die ausgezahlten Pensionen nur wenig die Summe der Mitgliederbeiträge übersteigen.

Es betragen 1906:

Die Pensionsbeiträge	1 828 057
Die Beiträge der Arbeiter:	
a) Mitgliederbeiträge	1 316 760
b) Eintrittsgelder	76 619
c) Estrafen	48 166
d) Verfallene Lehrlingslöhne	429
Summa	1 441 974

bleibt aus anderen Mitteln zu decken . . . 386 083

Zieht man noch inbetracht die Zinsen aus dem Vermögen, die für 1906 mit 611 190 Mk. in Einnahme gestellt sind, so stellt sich heraus, daß die Pension im großen und ganzen mit den Arbeiterbeiträgen gedeckt werden. Das wollen wir nicht als einen Fehler be- zeichnen, aber es weist auf die Möglichkeit hin, daß die Kasse sehr wohl, ohne in ihrer Leistungsfähigkeit erschüttelt zu werden, aus dem Betriebe ausscheidende Arbeiter einen Teil der Beiträge zurückerstatten kann. Der Beitrag von 2 1/2% des Lohnes ist für die Lei- stungen der Kasse ein geringer. Er kann aber auch nur so gering sein, weil so viele Arbeiter aus dem Betrieb ausscheiden ohne im Genuß der Kasse zu kommen, unter Zurücklassung ihrer Beiträge.

Der große, stets beklagte Uebelstand bei den Pensionskassen besteht also darin, daß die Arbeiter zu Beiträgen herangezogen werden, von denen ihnen beim Verlassen der Arbeit, sei es freiwillig, sei es durch die Unternehmer, nichts zurückgezahlt wird. Ar- beiter, die ein Jahrzehnt und noch länger auf einem solchen Werk beschäftigt waren, haben bedeutende Summen in Sicht lassen müssen. Wenn auch diese Gelder nicht zur Bereicherung der Arbeitgeber dienen, sondern der Pensionskasse selbst zugute kommen, so liegt darin nichtsdestoweniger ein großes Unrecht gegen die einzelnen Arbeiter.

In seinem Referat auf dem Berliner Arbeiter- kongress jagt Kollege Wieber über die Pensionskassen folgendes:

„Sie beschränken die Arbeiter in ihrem Selbstbe- stimmungsrecht und haben die Tendenz, billige Ar- beitskräfte aus Werk zu weissen. Die Pensionskassen in ihrer heutigen Gestalt sind aber außerdem eine direkte schwere materielle Schädigung von Jahrtau- sende von Arbeitern, indem in fast allen Kassen die erworbenen Ansprüche beim freiwilligen oder gezwungen- en Ausscheiden aus der Arbeitsstelle verloren gehen.“

Die Beiträge, die zu den Kassen geleistet werden müssen, sind ganz enorm, so sind auf der Hütte „Phö- nix“ zwei Schichtlöhne allein als Eintrittsgeld zu zahlen; bei Krupp der anderthalbfache Tagesverdienst; Chemische Fabrik Curtius-Duisburg 6 Mark. Der Hörder Verein verlangt gar den dreifachen Betrag eines Tagesverdienstes, dazu als regulären Beitrag 2 1/2 Proz. des Arbeitslohnes, ebenso bei Krupp. Bei Gebrüder Stumm-Neunkirchen sind die monatlichen Beiträge von 1,95 bis 3,15 Mk. Auf dem Hüttenwerk „Phönix“ kann ein Beitrag bis zu 3 Prozent des verdienten Lohnes erhoben werden. Die Werte zahlen durchschnittlich die Hälfte der von den Ar- beitern geleisteten Beiträge. Auf einigen Werken kann ein Arbeiter, der eine bestimmte Reihe von Jahren beschäftigt war, beim Ausscheiden sich weiter versichern, muß aber die gesamten Beiträge zahlen, wovon fast nie Gebrauch gemacht werden kann, da die Beiträge zu hoch und für die meisten Arbeiter unerschwinglich sind, oder der Ausgeschiedene in seinem neuen Betriebe auch wieder einer Kasse ange- hören muß.“

Da bei allen Kassen eine lange Karenzzeit, bis zu 20 Jahren, zu bestehen ist, kann es sehr oft vor- kommen, daß ein Arbeiter, der gezwungen ist, seine Arbeitsstätte zu wechseln, sein ganzes Leben lang einer solchen Kasse angehört, Beiträge gezahlt und doch bei Invalidität leer ausgeht. Es sind selbst Fälle zu verzeichnen, daß Arbeiter einige Tage vor ihrer Pensionsberechtigung nach 20jähriger Tätigkeit entlassen wurden.

Alle Versuche, hier Remedur zu schaffen, sind an der Uebermacht der großkapitalistischen Werksbesitzer ge- scheitert. In letzter Zeit ist nun versucht worden, die Angelegenheit auf dem Rechtswege zur Entscheidung zu bringen. Arbeiter der Kruppischen Werke in Rhein- hausen, welche aus dem Betriebe ausschieden, strengten bekanntlich Klage an beim Gewerbegericht in Frie- demshelm auf Rückzahlung der Beiträge. Das Ge- werbegericht verurteilte die Firma Krupp zur Rück- zahlung mit der Begründung, daß die Satzungen der Kasse gegen die guten Sitten verstoßen.

Zu einer entgegengesetzten Erkenntnis kam das Ge- werbegericht in Essen. Beide beide Urteile ist Be- rufung beim Landgericht eingelegt, dessen Entschei- dung man mit Interesse entgegensehen darf.

Inzwischen ist auch die „Eisenhütte „Phönix“ beim Gewerbegericht Vorbed auf Rückzahlung geleisteter Beiträge zur Pensionskasse verklagt und zur Rück- zahlung von zwei Drittel der eingezahl- ten Beiträge verurteilt worden. Da dies Urteil kurz und klar die Verhältnisse erkennen läßt, sei das- selbe nachstehend zum Abdruck gebracht.

Zusatz:

Der Kläger ist in dem Betriebe der Beklagten am 15. Juli 1904 in Arbeit getreten und am 1. Juli 1907 ent- lassen worden. Denselben sind während dieser Zeit rund 85 Mark an Beiträgen für die von der Beklagten für ihre Angestellten und Arbeiter eingerichtete Pensionskasse abge- halten worden. Die Einhaltung der Beiträge geschah auf Grund der von dem Kläger schriftlich anerkannten Arbeits- ordnung, nach welcher der Kläger sich auch verpflichtet, der Pensionskasse beizutreten. Nach § 15 des Kassenstatuts verliert jedes Mitglied mit dem Ausscheiden aus dem Dienste der Gesellschaft jeden Anspruch an die Kasse und hat auch keinerlei Rechte auf Rückvergütung der geleisteten Beiträge und Eintrittsgelder. Kläger betrachtet nun den Teil des Arbeitsvertrages, durch den er sich zum Beitritt zur Pen- sionskasse verpflichtet hat, als nichtig, weil er gegen Treu und Glauben und gegen die guten Sitten verstoße und beantragt, da er ein Drittel der eingezahlten Beiträge für das Risiko und die Verwaltungskosten der Kasse belassen will, den Beklagten zu verurteilen:

zwei Drittel von 85 Mark gleich 56,66 Mark, als zu Un- recht von seinem Lohne gekürzt, zurückzuzahlen, die Kosten des Rechtsstreites zu tragen und das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Der Beklagte hält den Arbeitsvertrag für rechtsgültig, bestreitet, daß er gegen Treu und Glauben und gegen die guten Sitten verstoße und beruft sich auf § 117 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wonach die Verwendung des Ver- dienstes nur nicht zu einem anderen Zwecke als zur Be- teiligung an Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familien erfolgen dürfe. Die Kasse sei zweifellos eine derartige Einrichtung und der Anspruch

*) Vgl. auch Jahrb. Arbeiterkassenbuch 1906: „Lebensweis- heit“.

Der Kläger auf Erstattung der Kassenbeiträge daher ungeachtet.

Der Beklagte beantragt kostenpflichtige Abweisung der Klage gegen vorläufig vollstreckbares Urteil.

Gründe:

Ueber die tatsächlichen Vorgänge besteht unter den Parteien kein Streit. Danach bildet das Kassenstatut zweifellos einen integrierenden Bestandteil der Arbeitsordnung bzw. des zwischen den Parteien geschlossenen Arbeitsvertrages. Nur über die Rechtsbeständigkeit dieses Teiles des Vertrages streiten, wie oben angegeben, die Parteien. Das Gericht ist der Ansicht des Klägers beigetreten. Wenn auch der § 117 Absatz 2 der Gewerbeordnung, wonach Pensionskassen zweifelhafte Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter bilden, dem Beklagten zur Seite steht, so ist das Gericht doch zu der Ansicht gelangt, daß die Bestimmung des Kassenstatuts, wonach jedes Mitglied mit dem Ausscheiden aus dem Dienste der Gesellschaft jeden Anspruch auf die Kasse verliert und es keinerlei Rechte auf Rückvergütung der geleisteten Beiträge und Eintrittsgelder hat, derart gegen die guten Sitten verstoßt, daß der mit dem Kläger abgeschlossene Arbeitsvertrag in diesen Punkten als nichtig bezeichnet werden muß. Das Gericht gibt der Möglichkeit Raum, daß die Firma jederzeit in der Lage ist, die Arbeiter ohne Angabe von Gründen aus ihrem Dienste zu entlassen und sie so der Beiträge und Eintrittsgelder — im vorliegenden Falle sind in den verhältnismäßig kurzen Zeitraum von drei Jahren 85 Mk. Beiträge pp. eingehalten worden — verlustig zu machen. Einleuchtend wird dies, wenn man sich den Fall vorstellt, daß Leute, welche 30 Jahre auf dem Werke gearbeitet haben, ohne Angabe eines Grundes von der Firma entlassen werden können, ohne daß ihnen die Möglichkeit gegeben ist, Mitglieder der Kasse zu bleiben und so im Falle der Arbeitsunfähigkeit sich eine Rente zu sichern. Gemäß § 138 B. G. B. ist im vorliegenden Falle nur derjenige Teil des Arbeitsvertrages nichtig, der gegen die guten Sitten verstößt, da nach § 139 B. G. B. anzunehmen ist, daß der Arbeitsvertrag auch ohne den nichtigen Teil eingegangen worden wäre. Auf die übrigen Klagebegründungen einzugehen, erübrigt sich, da aus obigen Gründen sich allein schon die Verurteilung der Beklagten ergibt. Es war somit wie gesehen, zu erkennen.

gez. Breihmann.

Da der hier in Frage kommende Betrag von 56,66 Mark unter dem berufsmäßigen Betrag von 100 Mark bleibt, so ist das Urteil endgültig. Es wird wohl ein Sturm von Klagen gegen die Werke, welche solche Pensionskassen haben, beginnen, sobald in großem Maße Arbeiterentlassungen vorgenommen werden, wie es bereits bei Krupp eingetreten sein soll. Aber nicht allein, die Arbeiter, sondern auch die Beamten rühren sich.

Das Kaufmannsgericht in Effen hat sich am 30. November ebenfalls mit dieser Frage zu befassen gehabt. Der „Vorwärts“ (Nr. 262) vom 3. Dezember berichtet darüber:

Der Buchhalter Masche klagte gegen die Firma Krupp auf Zahlung einer Entschädigung wegen pflichtloser Entlassung, Erstattung von Lohnzugüssen, Verzinsung der von ihm geleisteten Ueberstunden und Rückzahlung der zur Beamten-Pensionskasse geleisteten Beiträge. Auf Grund eines Briefwechsels war der Kläger am 1. Juni d. J. in die Dienste der Firma Krupp getreten. Auf Veranlassung seines Bureauchefs hatte er seine Familie von Hannover nach Effen kommen lassen. Er hatte das Kontokorrent-Konto zu führen und die Reichsbank-Angelegenheiten der Firma zu ordnen. Seiner Behauptung nach ist diese Beschäftigung so anstrengend und zeitraubend gewesen, daß er Ueberstunden in großer Zahl machen mußte. Da sein Gehalt 3000 Mark betrug, hatte er laut Statut der Beamten-Pensionskasse ein Eintrittsgeld von 250 Mark in diese zu zahlen, wozu für die Dauer der Mitgliedschaft (Zeit der Beschäftigung bei Krupp) noch 90 Mark an Beiträgen kamen. Nun war dem Kläger gekündigt worden, sodaß am 31. Dezember sein Austritt aus den Diensten der Firma erfolgen sollte. Laut Statut ist den Krupp'schen Beamten gestattet, das Eintrittsgeld zur Pensionskasse in monatlichen Raten zu entrichten, doch muß der volle Betrag im Laufe eines Jahres gezahlt werden. Obgleich also Kläger, weil er doch in Kündigung stand, niemals in den Genuss der Pension kommen konnte, wurden ihm die Beiträge und das ganze Eintrittsgeld dennoch vom Gehalt in Abzug gebracht, bis er am 8. Oktober plötzlich zur Disposition gestellt wurde, weil er unberechtigterweise einen eiligen Brief unterzeichnet hatte, der der Firma Nachteil brachte. Das Gehalt wurde ihm bis 31. Dezember gezahlt, aber auch für die Zeit nach dem 1. Oktober hielt man ihm die Beiträge ein.

Das Kaufmannsgericht wies den Kläger mit seinen sämtlichen Forderungen ab. In dem Umstande, daß dem Kläger trotz der erfolgten Kündigung Beiträge und Eintrittsgeld abgezogen wurden, erblickte das Gericht keinen Verstoß gegen die guten Sitten. Es hielt sich an den Wortlaut des § 6 des Beamten-Pensionskassenstatuts, der besagt, daß die eingezahlten Beiträge nur dann zurückgezahlt werden, wenn der Beamte länger als fünf, aber weniger als zehn Jahre bei der Firma beschäftigt ist. Und im vorliegenden Falle war der Kläger nur fünf Monate bei der Firma tätig gewesen.

Diese Darstellung illustriert den „Segen“ der Pensionskassen deutlich genug und zeigt, daß auch die Beamten unter dieser „Wohlfahrts-Plan“ zu leiden haben.

Durch diese Vorgänge ist jedoch die Pensionskassenfrage aktuell geworden und kann einer gesetzlichen Regelung nicht mehr entgehen. Entweder verzichten die Werke auf die Einrichtung solcher Kassen mit Beiträgen der Arbeiter, oder sie stellen sie auf eine andere Grundlage. Die Regelung erfolgt am besten allgemein durch das Ausschichtsamit für Privatversicherung. Ein gangbarer Weg wäre folgendermaßen zu finden:

Das Versicherungsrisiko für die Arbeiter entsprechend ihrem Lebensalter und der Dauer der Beschäftigung auf den Werken wird ohne große Schwierigkeiten festzustellen sein. Von diesem Risiko trägt ein Teil das Werk, entweder durch direkte große Zahlungen oder laufende Zuzahlungen zum Pensionsfonds. Den anderen Teil trägt der Arbeiter durch laufende Beiträge. Entweder ist dem Arbeiter die Möglichkeit zu geben, durch Fortzahlung der Beiträge seine erworbenen Rechte zu erhalten — daran haben die Werkbesitzer erkläreterweise kein Interesse — oder es ist der Teil der Beiträge zurückzulassen, der das Risiko übersteigt, welches der Arbeiter für die Dauer der Beschäftigung darstellt. In dem vorstehenden Urteil des Vorberder Gewerbegerichts ist dieser Anteil mit einem Drittel der Beiträge berechnet. Ob dies zutreffend ist, kann nicht festgestellt werden. Dadurch jedoch, daß der klagende Arbeiter aus freien Stücken ein solches Risiko anerkannt hat, liegt schon ein Beweis für die Richtigkeit unserer Ansichtung, daß eine Rückzahlung der ganzen Beiträge nicht gefordert werden kann. Auf alle Fälle wird sich die Gesetzgebung mit der Frage zu beschäftigen haben, und im Interesse Tausender von Arbeitern der Großindustrie liegt es, wenn dieses möglich ist bald geschehen wird.

Die christlichen Gewerkschaften Oesterreichs.

Unsere Arbeiterbewegung in Oesterreich hat bisher mit schier unüberwindlichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Dabei bestand auch noch vielfach Unklarheit und Unentschlossenheit in ihren Zielen. Sie leidet jedoch am schwersten unter den politischen Wirren, insbesondere unter dem Nationalitätenhader, der die österreicherisch-ungarische Monarchie im Innern zerfleischt.

Allmählich scheint es besser zu werden; in letzter Zeit geht ein frischer Zug durch die noch junge Bewegung. Ein bedeutungsvoller Tag für unsere österreichischen Bruderverbände war der 17. November. In Wien trat an demselben die erste Konferenz der christlichen Gewerkschaften Oesterreichs zusammen. Die christliche Arbeiterbewegung Oesterreichs ist noch jüngeren Datums. Erst in den allerletzten Jahren haben sich die meisten Verbände gebildet. Dringend notwendig war es darum, daß in gemeinsamer Tagung die maßgebenden programmatischen Grundlagen festgelegt wurden, daß ferner eine Einigung auf eine bestimmte Form der Organisation angebahnt wurde. Die Konferenz war als Vorläufer des ersten christlichen Gewerkschaftskongresses gedacht, der im nächsten Jahre stattfinden soll.

Die Tagesordnung umfaßte in der Hauptsache drei Punkte:

- 1. Festlegung der Grundlagen, Aufgaben und Organisationsform der christlichen Gewerkschaften.
2. Bericht über den augenblicklichen Stand derselben.
3. Die zukünftigen Aufgaben der christlichen Gewerkschaften.

Zu dem ersten Punkt erstattete Kollege Franz Spalowski das Referat. Nachdem er in anschaulicher Weise die Entwicklung des Wirtschaftslebens geschildert und sich über die Grundsätze der christlichen Gewerkschaften verbreitet hatte, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die im wesentlichen folgendes besagt:

Die großen wirtschaftlichen Umbildungen mit ihren Folgen haben die frühere Stellung des Arbeiters verändert und ihn als das wichtigste Mittel zur Besserung seiner Lage an die Organisation verwiesen. Die christlichen Gewerkschaften in Oesterreich haben das Ziel, die christlichen Arbeiter zur Wahrung ihrer geistigen und materiellen Interessen zu befähigen und ihnen den gebührenden Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu sichern. Die christlichen Gewerkschaften sind eine Organisation, die die Zugehörigkeit der ihr angeschlossenen christlichen Arbeiter zu konfessionellen oder politischen Organisationen nicht hindert. Die christlichen Gewerkschaften werden sich von jeder konfessionellen oder politischen Propaganda fernhalten. Da Unternehmer und Arbeiter beide notwendige Faktoren im Produktionsprozesse sind, vermessen die christlichen Gewerkschaften Theorie und Praxis des Klassenkampfes, was sie jedoch nicht hindern wird, mit rücksichtsloser Entschiedenheit die Interessen des Arbeiterstandes zu vertreten. Der Streik ist nur anzuwenden, wenn alle anderen Mittel versagt haben. Grundsätzlich der Organisationsform ist die Zentralisation das einzig richtige.

Es folgen dann die Aufgaben, die besagen, daß neben Schaffung möglichst günstiger Arbeits- und Lohnverhältnisse großer Wert auf die Durchführung

und den weiteren Ausbau der Sozialgesetzgebung gelegt werden soll. Die Beiträge sollen so hoch sein, daß die Organisationen allen Verpflichtungen nachkommen und außerdem noch entsprechende Fonds ansammeln können. Zur Deckung der Kosten von Lohnkämpfen sind separate Widerstandsfonds anzusammeln.

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: Bericht über den Stand der christlichen Gewerkschaften muß vorweg bemerkt werden, daß das erstmalig vorliegende Material noch mangelhaft ist. Drei verschiedene christliche Organisationsgruppen sind vorhanden und zwar die Zentralverbände (13), die nationalen christlichen Gewerkschaften (11) und die übrigen christlichen Organisationen (24). Diese drei Gruppen haben zusammen rund 70 000 Mitglieder. Die Zentralverbände haben 481 Ortsgruppen mit 20 000 Mitgliedern.

Ueber den christlichen Metallarbeiterverband Oesterreichs haben wir in Nr. 44 unseres Organes einen besonderen Artikel veröffentlicht, sodaß wir uns an dieser Stelle eine Wiederholung ersparen können. Hoffentlich werden unsere engeren Berufskollegen hinter den schwarzgelben Grenzpfählen ihre Organisation auf die Höhe bringen. Die Frage eines Gegenständigkeitsvertrages wird dann um so schneller gelöst werden können.

Das Vermögen der berichtenden Organisationen belief sich nach den Ermittlungen auf 100 000 Kronen, doch ist die Ziffer zu niedrig. Ueber das Unterstufungsweesen liegen folgende Angaben vor. Von den 13 Zentralverbänden haben 9 die Arbeitslosenunterstützung, 8 die Kranken- und 4 die Sterbenunterstützung eingeführt. 10 Verbände gewähren Streikunterstützung, desgleichen haben fast alle Verbände die Beschäftigtenunterstützung eingeführt. Reiseunterstützung und Rechtschutz wird durch den „Reichsverband der nichtpolitischen Vereinigungen christlicher Arbeiter Oesterreichs“ gewährt, dem alle Organisationen bis auf zwei, angeschlossen sind. Sodann werden in den meisten Verbänden noch Stufenunterstützungen gezahlt.

Die Presseverhältnisse sind folgende: 23 Organisationen beziehen den „Christlichen Gewerkschaftler“, das Organ der christlichen Gewerkschaften Oesterreichs. Eigene Fachblätter haben 5 Verbände. Ferner erscheinen noch 1 polnische, 2 tschechische, 1 slowenische und 1 italienische Fachzeitung. Insgesamt dienen also 11 Organe der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Die zu dem Punkt: Die zukünftigen Aufgaben der christlichen Gewerkschaften angenommene Resolution empfiehlt eine umfassende Agitation, besonders auch durch Flugblätter und Betriebsversammlungen. Ferner soll das Vertrauensmänner-system ausgebaut werden und Bezirks- und Landeskonferenzen stattfinden. Soziale Unterrichtskurse werden dringend empfohlen, ebenso soll von den Verbänden die soziale Arbeiterschule in Wien beibehalten werden. Die Verbände werden dringend verpflichtet, den Wahlen zu Gewerbegerichten, Krankenkassen, Gehilfenvertretungen usw. eine erhöhte Aufmerksamkeit und intensivere Betätigung entgegenzubringen. Ueber die soziale Gesetzgebung soll mehr Aufklärung geschaffen werden. Als nächstliegende diesbezügliche Aufgaben sind die Schaffung einer Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversicherung ins Auge zu fassen.

Die Verbände sollen möglichst für Errichtung eigener Sekretariate und Schaffung eigener Fachblätter Sorge tragen. Die „Reichsgewerkschaftskommission“ erhält zur Durchführung ihrer Aufgaben 2% der Mitgliedsbeiträge vierteljährlich. Für 1908 ist ein allgemeiner christlicher Gewerkschaftskongress einzuberufen und die hierzu nötigen Vorbereitungen sind baldigst in Angriff zu nehmen.

Sociel über die hauptsächlichsten Beratungsgegenstände. Zweifellos herrscht in unseren österreichischen jungen Verbänden ein reges Leben und der ungeheure Drang zum Vorwärtstommen. Wünschen wir, daß der nächstjährige Kongress weitere erfreuliche Fortschritte sieht und daß es unseren Freunden gelingt, einer einheitlichen, starken christlichen Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich die Wege zu ebnet.

Ein interessanter Beleidigungsprozeß.

Unter der Ueberschrift: Der Arbeitgeberbund von Wien brachten wir in unserer Nr. 24 vom 15. Juni dieses Jahres einen Artikel, worin wir gegen die von Mhener Fabrikanten gegen die christlichen Gewerkschaften betriebenen Unterdrückungsversuche Front machten und dabei auch die Verhältnisse in den Weiskäfigen Stranz- und Gemailierwerken vorm. J. und S. Kerfmann einer Kritik unterzogen. Die Zeitung des genannten Werkes wurde infolge dieser Kritik auffallend nervös und die Herren Direktoren Kerfmann und Peters strengten gegen unsern verantwortlichen Redakteur Kollegen Bergmann Privatbeleidigungsklage an. Nach mehrmaligen Verhandlungen kam die Klage am 5. Dezember vor dem Schöffengericht Wien zur Verhandlung.

Die Privatkläger waren durch Rechtsanwalt Gaverkamp, der Beklagte durch Rechtsanwalt Schneider vertreten. Kollege Bergmann war persönlich erschienen. Von beiden Seiten waren eine große Anzahl, im ganzen etwa 20 Zeugen geladen worden. Die Zeugenvernehmung warf große Schlaglichter auf die Zustände in dem Betrieb der Westfälischen Stanz- und Emailierwerke, insbesondere was die Behandlung der Arbeiter betrifft. Wie es bei solchen Prozessen öfter vorkommt, sah nicht der beklagte Redakteur, sondern das System des von den Privatklägern vertretenen Betriebes auf der Anklagebank. Die Rollen waren zeitweilig vollständig vertauscht. Lassen wir den Verhandlungsbericht selbst sprechen.

Die Privatkläger behaupten, der in Rede stehende Artikel enthalte bössig unwahre Angaben und strohe von Beleidigungen, wie der Ausdruck „Emailierkönig“ und „Musterbude“ erkennen ließe. Von Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation sei keine Rede. Die Absicht der Beleidigung liege klar zu Tage, die ganze Tendenz des Artikels gehe darauf hinaus, die Privatkläger in der Öffentlichkeit zu mißkreditieren und verächtlich zu machen.

Der Beklagte hielt dem entgegen, daß ihm die Absicht einer persönlichen Beleidigung vollständig ferngelegen; die Privatkläger seien ihm ganz unbekannt. Er sei als Redakteur des Verbandsorgans verpflichtet, die Interessen der Verbandsmitglieder zu vertreten und würde hier seine Pflicht gebühlich verletzt haben, wenn er zu den Vorgängen in Ahlen geschwiegen habe. Daß Maßregelungen vorgekommen, könne durch Zeugen bewiesen werden. Der Ausdruck „Emailierkönig“ sei keine Beleidigung, das sei ein allgemein gebräuchliches Schlagwort, wie man zum Beispiel Kanonenkönig, Stahlkönig, Bauernkönig usw. tagtäglich lesen und hören könne. Unter „Musterbude“ sei ein Betrieb zu verstehen, wo Müßiggänger vorhanden sind und daß solche in den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken bestanden hätten, dafür könne er den Wahrheitsbeweis antreten.

Dieser Beweis wurde durch die umfangreiche Zeugenvernehmung in einer für die genannte Firma geradezu niederschmetternden Weise erbracht.

Zeuge Fabrikarbeiter Franz Menje jagte aus, er sei nach fast 30jähriger Tätigkeit an dem Werk, in welcher Zeit er seine 10 Bg. Strafe habe zahlen brauchen, plötzlich entlassen worden und zwar kurz nach seiner Wahl zum Vertrauensmann des christlichen Metallarbeiterverbandes, Ortsgruppe Ahlen. Als er nach der Ursache der Entlassung gefragt habe, sei ihm von dem Betriebssekretär Geers gesagt worden: „Sie agitieren in der Bude; das ist für die christlichen Gewerkschaften.“ Er habe nur in den Pausen agitiert. Er sei dann mit Hilfe des Sperrsystems des Ahlener Arbeitgeberverbandes ausgesperrt worden. Zunächst habe er bei der Firma Wintelmann um Arbeit angefragt, die ihm auch sofort zugesagt worden sei. Am Abend desselben Tages aber habe er die Mitteilung erhalten, daß man „doch keine Arbeit für ihn habe.“ Wahrscheinlich habe Direktor Kerkmann inzwischen an Wintelmann telephoniert. Der Fabrikant Seiler habe ihm gesagt, er wolle ihn wohl in Arbeit nehmen, wenn er den „Freischein“ des Arbeitgeberverbandes vorzeigen könne, aber den werde er wohl nicht kriegen. Die Herausgabe dieses Freischeins sei von Kerkmann absichtlich um 3 Wochen verzögert worden.

Der Angeklagte erklärte hierzu, daß gerade dieses Sperrsystem, das eine ungesetzmäßige Beschränkung der Freizügigkeit und der Freiheit des Arbeitsvertrages darstelle, und tiefgehende Erbitterung in den betroffenen Arbeitertreuen hervorrufen müsse, bezeichnend sei für den Ahlener Arbeitgeberbund. Dadurch seien die Arbeiter herausgefordert worden, und dieses allein schon habe es der Gewerkschaft zur Pflicht gemacht, die Arbeiter in diesem aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen.

Zeuge Arbeiter Theodor Steffensmeier (ebenfalls gemäßigter Vertrauensmann): „Auf meine Frage nach dem Grunde meiner plötzlichen Entlassung jagte mir Herr Kerkmann: „Weißt Du noch nicht, warum Du entlassen wirst? Bleibe dabei weg, dabei hast Du nichts zu tun. Gib Du nur Dein Geld dem Verbands, dann kommt Du weit genug.““

Zeuge Arbeiter Aug. Stroetmeier jagt, er sei auch sofort entlassen worden, als er als Vertrauensmann in Aussicht genommen worden sei. Später habe man seitens der Firma behauptet, er sei entlassen worden, weil er zu oft krank gewesen sei. Es stehe aber fest, daß andere Arbeiter des Werkes noch öfter krank waren wie er und deshalb doch nicht entlassen wurden.

Zeuge Arbeiter Heinrich Mastgau: Ich sollte eines Abends überarbeiten. Auf meine Einwendung, ich hätte es „so in die Knochen“, erwiderte mir ein Werkmeister, ich müßte aufgeschmalt werden und eine gehörige Tracht Prügel mit dem Dajonjelen er bekommen, dann werde die Müdigkeit schon aus den Knochen gehen.

Zeuge Arbeiter Bernhard Dajchhoff befaßt folgendes: Direktor Kerkmann habe ihm, als er ihn gemeinert habe, eine minder gut bezahlte Arbeit (in Afford) zu übernehmen, an die Stelle gesetzt und ihn gegen eine Lärmede, daß die

Fingermerkmale am Hals deutlich sichtbar waren. Dabei habe er ihm mitgeteilt, er müsse eigentlich ein ganzes Fuder Schläge haben. Er (Zeuge) habe gesehen, wie Direktor Kerkmann dem Arbeiter Wilhelm Merxich der sich jetzt wegen Verletzungswahnsinn in der Irrenanstalt befinde, einen Spazierstock auf dem Kopfe entzweigeschlagen und dann mit einem Brett auf den in einer Ecke zusammengekauert sitzenden Losgehauen habe. In der Schloßernacht habe Direktor Kerkmann einen Arbeiter Stapel dreimal fürchterlich verprügelt, so daß Stapel blutig im Gesicht gewesen und bettlägerig krank geworden sei. Das Verprügeln der Arbeiter sei früher überhaupt „Mobe gewesen.“ auf dem Werk der A.G. Ob es dort jetzt noch Sitte sei, wisse er nicht, weil er nicht mehr dort arbeite.

Der Zeuge Arbeiter Rosengärtner befaßt, er sei von dem Lageristen Seiler mit der Faust auf den Mund geschlagen und mit Füßen getreten worden. Als er das dem Herrn Kerkmann mitgeteilt habe, sei ihm von diesem gesagt worden, er habe nach mehr verdient. — Der Anwalt der Privatkläger richtete an diesen Zeugen die Frage, ob er den Mädchen in der Fabrik nachstelle, was von dem Zeugen bestritten wird.

Der Zeuge Arbeiter Johann Bredmann jagt folgendes aus: Er habe bei der A.G. (so werden die westfälischen Stanz- und Emailierwerke in Ahlen kurzweg genannt) um Arbeit angefragt. Da habe ihn Direktor Kerkmann gefragt, er solle noch mal wieder kommen. Es seien noch mehrere Vertrauensleute der christlichen Gewerkschaft im Betrieb, die sollten demnächst hinausgeworfen werden; dann könne er an deren Stelle eintreten. — (Dieser Zeuge gehört nicht dem christlichen Metallarbeiterverband an, sondern ist unorganisiert. Red.)

Zeuge Lagerarbeiter Stephan Gännewig, 37 Jahre alt und schon 18 Jahre auf dem Werk beschäftigt: Eines Tages machte mir Herr Kerkmann (Vater des Direktors Heinz Kerkmann) Vorhaltungen wegen einer Verzögerung im Versand einer Kommission, an der ich jedoch vollständig unschuldig war. Als ich dies bemerkte, wurde Kerkmann sehr heftig und sagte:

„Doll du Mut, bis drauf bi denen mit'n Stößvörn Kopp!“

Dabei hob er den Stock schon drohend in die Höhe als ich gegen eine solche Behandlung protestierte, schrie er:

„Du häst mit all männigen Deglauhn affjrohten!“

(Du hast mir Deinen Taglohn abgestohlen. Red.) Diese Beleidigung wiederholte Herr Kerkmann noch mehrmals auf meinem Einspruch hin. Als altes ehrliches Arbeiter, der jahrelang dem Werk treu gedient, konnte ich mir diese schwere Beleidigung nicht bieten lassen und frengte deshalb Klage an. Beim Südnervengericht vor dem Schiedsrichter erließen Herr Kerkmann nicht. Als die Sache dann am Amtsgericht schon anhängig war, ließ man von drücker Seite eine Einigung versuchen, die auch zustande kam. Herr Kerkmann mußte sich verpflichten, 100 Mark als Buße für wahlständige Zwecke und dem Beleidigten 20 Mk. Schmerzensgeld zu bezahlen, sowie sämtliche entstandenen Kosten tragen. Weiter hat er sich verpflichtet, die Beleidigung in einer Ahlener Zeitung öffentlich zu widerrufen, was er aber bis heute (nach mehreren Jahren. Red.) noch nicht getan hat.

Zeuge Betriebssekretär Geers: Ihm sei seiner Zeit von dem Werkmeister Merxmann mitgeteilt worden, Menje, Steffensmeier u. agitieren während der Arbeitszeit für die christliche Gewerkschaft. Auf Befragen erklärte der Zeuge, daß er dieses selbst nicht gesehen habe. Der Zeuge Stroetmeier sei nicht wegen der Organisation, sondern wegen häufiger Krankheitsentlassungen worden. Auf die Bemerkung des Zeugen Stroetmeier, daß er nach seiner Entlassung aus der Irrenheilanstalt doch noch mehrere Wochen beschäftigt und dann plötzlich entlassen worden sei, erklärte der Betriebssekretär, die Einstellung nach der Krankheit sei ein Mißverständnis gewesen.

Höhere Löhne, als die A.G. zahlt, gebe es keines Wissens in keiner Ahlener Fabrik. (Was auch in dem unter Vorlage stehenden Artikel gar nicht behauptet. Red.) Ein Tagelohn unter 3 Mk. werde nicht gezahlt, im Afford würden 4—7 Mk. verdient. Manche Arbeiter verdienten bis zu 170 Mk. monatlich. (Wie diese dieser Umständen sind, hat der Zeuge leider nicht gesagt.) Wichtig sei es, daß im Jahre 1901, wo das Werk sich in sehr ungünstiger Lage befunden habe, ein Lohnabzug von 20 Prozent gemacht worden sei. Seitdem aber seien die Löhne ganz bedeutend erhöht worden.

Zeuge Werkmeister Merxmann. Auf Befragen: Er wisse nicht, ob die entlassenen Vertrauensleute außer in den Pausen auch während der Arbeitszeit agitiert hätten. Dieses sei ihm von andern Leuten mitgeteilt worden. Gesehen habe er es nicht. (Von diesem Zeugen hat es der Betriebssekretär seiner Aussage nach gehört und jedenfalls auch die Direktion. So kommen dann Anklagen zustande. Red.) Auf Antrag des Rechtsanwalts Gaverkamp wird der Reue dann über die Lohn- und Arbeits-

verhältnisse der A.G. vernommen, die nach Ansicht des Zeugen sehr gute sind. Die Mehrzahl der Arbeiter seien zufrieden. Von Maßregelungen sowie Mißhandlungen habe er niemals etwas bemerkt.

Zeuge Fabrikant Rosenbergs, Vorsitzender des Arbeitgeberbundes: Er erinnere sich nicht, ob im Arbeitgeberbund davon gesprochen worden sei, man solle christlich organisierte Arbeiter entlassen. Möglich wäre es wohl sein. Er selbst kümmere sich nicht darum, ob und wie seine Arbeiter sich organisieren. Ihm sei es die Hauptsache, daß sie ihre Pflicht erfüllten. Die Arbeiter könnten nur am Tage vor einem Lohnzuge kündigen. Auf Vorhalt des Rechtsanwalts Dr. Schneider, daß gemäß der Arbeitsordnung die Unternehmer dagegen jeden beliebigen Tag kündigen könnten, erwiderte der Zeuge, in der Praxis kündigten die Unternehmer in der Regel auch nur am Lohnzuge. Von der Aussperrung würden lediglich Arbeiter betroffen, die „ohne Grund“ kündigten.

Auf die Frage des Richters, ob nur diejenigen Arbeiter von dem Sperrsystem betroffen würden, die ohne Einhaltung der Kündigungszeit, also kontraktbrüchig die Arbeit niederlegten, erklärte der Zeuge, nein, auch diejenigen, die ihre Kündigungszeit ordnungsgemäß aushielten, seien mit einbegriffen. Auf eine weitere Anfrage, wer denn das „ohne Grund“ zu entscheiden habe, erklärte Herr Rosenbergs, das sei Sache des in Frage stehenden Unternehmers. (Wird der Herr willst Du noch mehr! Red.)

Die Zeugen Wermeister Brüggenthies, Arbeiter Brüggenthies und Lagerist Seiler erklärten, daß die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter des Werks mit den Lohnverhältnissen zufrieden sei. Von Maßregelungen hätten sie nichts gehört, obgleich sie von Mißhandlungen gesehen. Der Zeuge Seiler will den Arbeiter Rosengärtner, der sehr froh und froh sei, nur am Aragen gepackt und hinausgeworfen zu sein. — Rosengärtner behauptet demgegenüber, daß er ohne Grund ganz gehörig geprügelt worden sei.

Zeuge Fabrikant Winkelmann: Ich hatte dem von Kerkmann entlassenen Arbeiter Menje erst Arbeit versprochen; als ich ihn aber mittags auf der Straße Flugblätter verteilen sah, jagte ich mir: Das ist kein Mann für dich. Ich ließ ihm dann mitteilen, daß ich für ihn keine Arbeit habe. — Der Zeuge Menje stellte daraufhin fest, daß es sich hier um keine Flugblätter für die Gewerkschaften, sondern um solche betref der Stadtverordnetenwahl gehandelt habe, für deren Verteilung er bezahlt wurde. Das könne aber auch nicht der Grund zur Abweisung gewesen sein, denn schon am Abend vor dem Flugblattverteilten hätte ihm Winkelmann mitteilen lassen, er könne arbeiten.

Hierauf folgten die Plaidoyers der beiden Verteidiger. Rechtsanwalt Gaverkamp (Vertreter der Kläger) behauptet, daß der ganze Artikel von Beleidigungen und Unwahrheiten strotze. Der Ausdruck Emailierkönig bedeute in diesem Zusammenhang nichts anderes als Beleidigung. Direktor Kerkmann solle in dem Artikel als Ausbeuter und Blutsauger hingestellt und überhaupt in jeder Beziehung herabgesetzt werden. Den § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) könne der Angeklagte nicht für sich in Anspruch nehmen, denn er habe lediglich das Interesse eines winzigen Häufleins Unzufriedener, die es in jedem Verlebe gebe, vertreten. Wenn der Beklagte erkend mache, daß er als Arbeiter für Arbeiter schreibe und einen drastischen Ton anschlagen müsse, so sei dies für die Beleidigungsklage vollständig nebensächlich. Wenn der Beklagte nicht fähig sei, an der Leitung eines Blattes zu stehen und anständig zu schreiben, so sollte er wieder sein früheres Handwerkzeug nehmen und wieder arbeiten gehen. Dem Herrn Kerkmann persönlich zu beleidigen, fehle dem Beklagten jede Qualifikation. (Warum Herr Kerkmann denn geklagt hat, wird der Herr Rechtsanwalt dann wohl selbst nicht wissen. Red.) Die Leute seien vollständig geschnappt behandelt worden. Wenn der Arbeiter für sich das Recht in Anspruch nehme, zu arbeiten, wo er wolle, (das wird ihm aber von der Ahlener Fabrikanten durch das Sperrsystem unmöglich gemacht. Das scheint der Rechtsanwalt Gaverkamp ganz übersehen zu wollen. Red.), so dürfe man es doch auch dem Fabrikanten nicht verargen, wenn er sich seine Arbeiter auswähle. Herr Direktor Kerkmann jun. möge etwas temperamentvoll sein, aber hantzutage werde auf die Dauer jeder Mensch nervös, der einem größeren Betrieb vorstehe. Aber auch in dieser Beziehung handele es sich nur um Einzelfälle auf der Fabrik. Er beantrage die Befreiung des Angeklagten.

Rechtsanwalt Dr. Schneider plaidierte für die Freisprechung seines Klienten. Erprens enthalte der Artikel gar keine Beleidigung. Emailierkönig wäre ebensowenig eine strafbare Beleidigung wie Kanonen-, Stahl-, Petroleum- oder Bauernkönig. Angesichts des Ergebnisses der Zeugenvernehmung sei auch das Wort Musterbude noch eine sehr milde Bezeichnung und könne gar nicht als eine Beleidigung im Sinne des Gesetzes in Frage kommen. Zweitens fehle es an jedem Nachweis des Absicht der Beleidigung, und drittens sei der Wahrheitsbeweis für die in dem Artikel angeführten Behauptungen in vollem Umfang erbracht worden. Die von dem Ahlener Ar-

angeordnet aufgestellte Arbeitsordnung, wonach der Arbeiter nur am Tage vor einem Lohnstage, der Arbeitgeber aber alle Tage kündigen könnte, sei derart, daß eine Arbeiter-Organisation ihre Pflicht gröblich verletzen würde, wenn sie nicht scharf dagegen vorgehe. Diese Bestimmung verstoße direkt gegen die Gewerbeordnung. Die Maßregelungen der Gewerkschaftsvertrauensmänner seien nicht nur durch einen, sondern durch mehrere Zeugen eklatant bewiesen. Daß es sich um ein systematisches Unterdrücken der christl. Gewerkschaft handele, das könnte keiner nach dem Verlauf der heutigen Verhandlung mehr in Abrede stellen. Wenn der Beklagte dagegen nicht Stellung nehmen und die Arbeiterrechte verteidigen dürfe, wofür sei denn überhaupt die Verhandlung da. Der Schuß des § 193 stehe deshalb dem Angeklagten auf alle Fälle zur Seite. Organistoren müsse sich heutzutage jeder Arbeiter, denn allein sei er machtlos und schutzlos. Bezüglich der festgestellten Maßregelungen könne er nur sagen, daß sie eines derartig großen Verstoßes geradezu unwürdig seien. Die persönlichen Angriffe des H. A. Pawerkamp auf seinen Mandanten müsse er mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Man solle sich freuen und müsse es hoch anerkennen, wenn sich ein schlichter Arbeiter erporarbeite und öffentlich für die Hebung seiner Berufskollegen eintreten könne. Daß er dazu fähig sei, habe er allein schon durch sein heutiges maßvolles und einwandfreies Auftreten bewiesen. Nach dem Ergebnis der heutigen Verhandlung müsse das Gericht unbedingt zu einem Freispruch gelangen.

Zum Schluß erbat sich Kollege Bergmann noch selbst das Wort und führte u. a. aus: „Wer die heutigen Zeugenaussagen angehört hat, wird den in Frage stehenden Artikel noch als viel zu maßvoll bezeichnen müssen. Die fortgesetzten Maßregelungen unserer Verbandskollegen liegen durch solche Aussagen erhärtet klar vor aller Welt da. Es hat sich hier um einen wohlvorherbereiteten Vernichtungskampf gegen unsere christliche Arbeiterorganisation gehandelt. Die Ahlener Fabrikanten hatten allerdings auch begründete Ursachen, die Organisation zu fürchten. Das ungerechte Sperrsystem ist auch heute vor Gericht vom Vorsitzenden des Arbeitgeberbundes bestätigt worden. Welcher Geist bei den Ahlener Unternehmern herrscht, hat die Aussage des Fabrikanten Winkelmann deutlich bewiesen. Er sieht einen Arbeiter Flugblätter auf der Straße verteilen, das ist ihm Grund genug, sein Wort zurückzunehmen und den Arbeiter wieder auf die Straße zurückzuführen. Nun stellt es sich heraus, daß es nicht einmal Gewerkschaftsflugblätter gewesen sind.“

Noch rüchichtsloher, ja man muß sagen, brutaler war es von der Firma L. G., die einen Arbeiter angeblich deshalb entlassen hat, weil der arme Mensch das Anglied hat, nicht ganz gesund zu sein und öfter krank feiern müsse. Ein solcher Mann ist schon so vom Schicksal schwer getroffen und nun soll er deshalb auch noch brotlos gemacht werden. Das finde ich noch viel verwerflicher, viel brutaler und himmelschreiender, wie die Entlassung eines organisierten Arbeiters, der von seinem gesetzlichen Koalitionsrecht Gebrauch macht und dieserhalb hinausgeworfen wird.

Geradezu unglaubliche Zustände hat die Zeugenvernehmung bezüglich der Behandlung der Arbeiter in den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken aufgedeckt. Ich sehe schon acht Jahre in der Arbeiterbewegung, und muß gestehen, daß mir solche Zustände in der Praxis noch nicht begegnet sind. Wenn ich für den durchaus sachlichen und maßvoll gehaltenen Artikel bestraft werden könnte, welche Strafen hätten dann die Herren Direktoren Herrmann für ihre wörtlichen und tätlichen Beleidigungen der ihm unterstellten Arbeiter verdient? Und die Arbeiter sind doch auch Menschen, sind freie Staatsbürger ebenso gut wie ein Direktor oder Fabrikant.

Die Unterdrückung des christlichen Metallarbeiterverbandes wird den Ahlener Fabrikanten niemals gelingen. Wegen sie sich ins Unvermeidliche fügen und sich auch die Worte des neuen Staatssekretärs des Innern, von Bethmann-Hollweg, zur Weisung nehmen, der vor kurzem auf dem Berliner Arbeiterkongress das Wachstum der christlichen Organisationen freudig begrüßte und deren die Worte anknüpfte: Er ferne keine wichtigere Aufgabe, als die machtvolle Arbeiterbewegung in die Gesellschaft einzuordnen. Wir wollen als christliche Arbeiter die Unternehmer nicht schädigen, wir erkennen die andere Stände und ihre Organisationsbestrebungen an, verlangen das selbe aber auch für den Arbeiterstand.

Auf die persönlichen Ausfälle des Rechtsanwalts Haberkamp will ich mir eins erwidern. Als schlichter Arbeiter, der nur die Volksschule besucht hat, habe ich es bis heute abgelehnt, und werde es auch in Zukunft entschieden ablehnen, einen Lohn anzunehmen, wie ihn der akademisch gebildete Gegenanwalt heute hier vor Gericht für nötig befunden hat. Noch in keiner öffentlichen oder geschlossenen Versammlung noch in dem von mir redigierten Blatt habe ich Ausbrüche wie „Ausbeuter“ und „Blutausauger“ mit bezug auf die Unternehmer angewandt, wie es der Herr Gegenanwalt hier getan hat. Noch viel weniger könnte ich es mit meiner Bildung vereinbaren, mit unterstellten Arbeiter so gröblich zu beschimpfen.

und blutig zu mißhandeln, wie das heute hier von Zeugen bekundet worden ist.

Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlung kann ich mit Recht eine kostenlose Freisprechung erwarten.“

Das Urteil lautete auf 30 Mark Geldstrafe oder 3 Tage Gefängnis, Tragung sämtlicher Kosten, Vernichtung der vorhandenen Exemplare der betr. Nr. und Platten, sowie Veröffentlichung des Urteils im „Deutschen Metallarbeiter“ und der Ahlener Zeitung auf Kosten des Privatbetroffenen. — Gegen dieses Urteil ist selbstverständlich sofort Berufung eingelegt worden. Neuaufgabe, resp. Fortsetzung des interessanten Prozesses vor dem Landgericht in Münster.

Soziale und gewerkschaftliche Handlung.

Zur Preispolitik des Stahlwerksverbandes.

In den Kreisen der Halbzeugverbraucher besteht seit geraumer Zeit eine große Erbitterung gegen den Stahlwerksverband, die in dem Handelsteil der größeren Zeitungen mehr oder minder zum Ausdruck kommt. Der „Köln. Volksztg.“ (Nr. 1017) wird zum Beispiel aus den Kreisen des Stahlwerks-Gewerbes ein längerer Bericht geschrieben, in dem es u. a. heißt:

„Daß in der Zeitung des Stahlwerksverbandes — wir (die Einsender der Zuschrift D. R.) haben hier nicht die Geschäftsstelle, sondern die eigentliche Leitung im Auge — gegen früher eine Aenderung eingetreten ist, tritt immer mehr zutage. Die persönlichen Elemente um Kirdorf (Aachen, D. R.), welche den Walzwerken noch wenigstens einigermaßen Lebensberechtigung zuerkennen, sind ausgeschlossen oder fast gänzlich worden, und an deren Stelle haben die Männer der schärfsten Tonart, die sich um de Wendel u. j. sammeln, das Heft in Händen bekommen.“

Aus vorstehendem ist ersichtlich, daß die Firma de Wendel nicht nur den Arbeitern die wirtschaftliche Hebelwirkung gründlich spüren läßt, sondern auch den minder finanzkräftigen Berufskollegen. Für uns Arbeiter ist diese Feststellung zwar interessant, jedoch von wenig Vorteil, weil die Feinde von heute sofort die besten Freunde werden, wenn es gegen die Arbeiter geht. Insbesondere sind es die Großunternehmer der Metallindustrie, die den Arbeitern gegenüber nur „die Geschlossenheit der Industrie“ feimen, wie Geheimrat Kirdorf, der Oberbürgermeister, in Berlin auf der Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieeller kürzlich noch betont hat.

Gelber Terrorismus.

Die Handlanger der großkapitalistischen Scharfmacher, die an die Spitze der gelben Gewerkschaften gestellt wurden, lehren befanntlich ohne Unterlaß die auswendig gelernte Melodie herunter, daß nur deshalb gelbe Verbände entstanden seien, um dem Terrorismus der Gewerkschaften entgegen zu treten. Auf welche Weise aber bei den Gelben der Terror arbeitet, dafür bietet folgendes Schriftstück einen klaren Beweis, welches die „Magdeburger Volksstimme“ veröffentlicht:

Verband reichsrunder Arbeiter, Magdeburg.
Bezirk Neustadt.
Magdeburg-Neustadt, den . . . Juli 1907.

Herr . . .

Ich erlaube Sie hier durch die Respektvollen Beiträge Erledigen zu wollen, Sie stehen schon seit . . . 1906 im Rückstand.
Wenn Sie verhindert sind, die Versammlungen zu besuchen, so können Sie doch den Beitrag dem Vertrauensmann . . . mit zur Erledigung mit geben. Erwünscht Sie also die Sache umgehend erledigen zu wollen. Sonst fühlen wir genötigt vom Paragraph 5 des Verbands Statut gebrauch zu machen. Und gleichzeitig Ihre Firma davon in Kenntnis daß Sie aus dem Verband gestrichen worden sind.

Achtungsvoll
anz. Lokstadt
Vorwärts.

(Das „gelbe“ Deutsch ist im Original enthalten.)

Falls ein gelbes Mitglied bereinsamde wird oder mit Beiträgen registriert, wird also dem Herrn Prinzipal Mitteilung gemacht. Zweifelloß das beste Mittel, um auf der Seite Fahnenflüchtige mürbe zu machen. Bei einer derartigen Handlungsweise haben jedenfalls die gelben Herrschaften alle Veranlassung, gegenüber dem Terrorismus in den Gewerkschaften den Mund nicht so voll zu nehmen.

Hirsch-Dunersche Begriffsverwirrung.

Ein Fall von unglaublichem Terrorismus ist aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu berichten, verkündet „Der Gewerkschafter“ (H.-D. Zentralorgan) seinen aufhorchenden Lesern. In einer Versammlung in Stuttgart soll Herr Dr. Mumm als Referent im Schlusswort seiner Rede über den Ausbruch gegeben haben, „wie man einer solchen Persönlichkeit wie Hirsch (evangelischer Arbeitervereinssekretär von Würtemberg, der in der Versammlung durch seine Polemik gegen die christlichen Gewerkschaften Herrn Mumm herausgefordert hatte), die nicht weiter als ein Gendarm ist, die Sub-

stanz der evangelischen Arbeitervereine Würtemberg's be-laffen könne“. Darüber entrüstet sich der „Gewerkschafter“ wie folgt:

„Dieser Vorgang spricht Bände. Zwei Berliner Demokraten erdreisten sich, ins württembergische Demoblenland zu fahren, um den dortigen Arbeitern vorzuschreiben, wenn sie ihr Vertrauen schenken sollen. Der Hirsch-Dunersche Begriffsverwirrung gegen einen Mann, der sich erlaubt eine andere Meinung zu haben, ist so groß, daß sie allwärts beiseite setzen, um diesen Mann zu zerquetsern. Dabei gehört Hirsch zu den tüchtigsten Kräften, die es in der gesamten Arbeiterbewegung gibt. Aber er soll zu Kreuze kriechen oder hungern. Sagen Sie an, Herr Mumm: was ist brutalerer Terrorismus, wenn ein einfacher Arbeiter einen anderen aus der Arbeiterbewegung — wir verurteilen auch das — oder wenn ein Mann wie Sie, der sich zu den Gebildeten rechnet, dem Volke ein Lehrer sein soll, über einen anderen die Hungerpeitsche schwingt?“

Jeder vernünftige, klar denkende Mensch greift sich an den Kopf und fragt sich vergebens, wie das H.-D. Zentralorgan aus dem Vorgang „brutalen Terrorismus, Hungerpeitsche“ usw. herauskauen kann. Die ganze Argumentation des Hirsch-Dunerschen Hauptorgans verrät geradezu eklatant deren vollständige Unwissenheit und Unfähigkeit, schreibt zutreffend das Zentralblatt. Wenn die Stelle eines Arbeitersekretärs lediglich als Brotstelle betrachtet wird, dann ist es kein Wunder, wenn die Hirsch-Dunerschen Gewerkschafter die mühselige, agitatorische Kleinarbeit und damit aber auch die Erfolge andern überlassen. Wenn „Hirsch“ zu den tüchtigsten Kräften, (dabei ist er unorganisiert), die es in der gesamten Arbeiterbewegung gibt, gehört, dann will uns überhaupt dünken, daß ein paar Worte des Herrn Dr. Mumm nicht ausreichen, um einen solchen Mann an seiner Eignung zu behindern.

Der Haß der H.-D. gegen die christlichen Gewerkschaften — es ist die ohnmächtige Wut des Ertrinkenden — richtet sich jetzt schon gegen einzelne Persönlichkeiten, in unserm Lager und da ist insbesondere Herr Dr. Mumm, der den fanatischen Haß der H.-D. auf sich gezogen hat, weil er ihnen bei ihrem unlauteren Stützpunkt in den evangelischen Arbeitervereinen im Wege steht. Das erklärt manches, entschuldigt aber nicht die schmutzigen Angriffe, die sie gegen Herrn Mumm zu richten beabsichtigen.

Letzterer hat seinen „Freunden“ die Ehre einer Antwort erwiesen und im „Reich“ die H.-D. Polemik als borniert bezeichnet. (Sehr richtig! Red. d. Deutsche Metallarbeiter). Daraufhin wird das H.-D. Hauptorgan noch wütender und schleudert Herrn Mumm in Nr. 95 einen „Denunzianten“ entgegen, dessen Kampfesweise „gemein“ sei.

Von den H.-D. Agitatoren einschließliche ihrem Zentralorgan ist man schon manches gewohnt. Einer an der gallozierenden Mitglieder-Schwindsucht leidenden Bewegung wird jeder auch milde und umfänglich zuhilfenahme, aber das Vorstehende ist doch starkes Dabal. Gutheiber leiden die H.-D. Führer an einer unheilbaren Begriffsverwirrung, sonst ist ihre Kampfesweise nicht mehr gemein, sondern insan. Bei allen objektiven Menschen müssen sie den letzten Rest von Achtung und Ansehen verlieren.

Der Käuferbund.

Auf dem Berliner Kongress wurde bei dem Kapitel Sonntagssruhe von verschiedenen Rednern auf die Notwendigkeit einer Erziehung des laienenden Publikums hingewiesen und auf die segensreiche Arbeit des Käuferbundes in dieser Beziehung aufmerksam gemacht. Für unsere Mitglieder dürfte es interessant und auch lehrreich sein, etwas näheres über diesen Käuferbund zu erfahren.

Der selbe wurde, wie die Köln. Volksztg. mitteilt, infolge der Heimarbeitausstellung des Jahres 1906 in Berlin gegründet. (Adresse: Berliner Käuferbund, Berlin W., Kollendammstraße 29/30). Der Vorsitz übernahm Frau Staatsministerin v. Bethmann-Hollweg. Von den Mitgliedern wird die Verpflichtung übernommen, nur in solchen Geschäften zu kaufen, welche ihren Angestellten günstige Arbeitsbedingungen, vor allem gebührenden Lohn zugesprochen haben. In sein Programm hat der Bund aufgenommen: 1. Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Handelsangestellten, 2. Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in der Bekleidungsindustrie, 3. Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in der Konfektionsfabrikation, insbesondere Beschäftigung der Heimarbeit in dieser Branche. Im einzelnen verlangt der Bund 1. für die Handelsangestellten; Durchführung der Verordnung des Reichskanzlers betr. Sitzgelegenheit der Verkäuferinnen, 2. für die Bekleidungsindustrie: den Arbeitern und Arbeiterinnen in den Werkstätten, die mit Detailgeschäften der Bekleidungsindustrie verbunden sind, darf keine Arbeit nach Werkstättenabschluss mit nach Hause gegeben werden, 3. für die Konfektionsfabrikation: vollständige Unterdrückung der Heimarbeit und der Verwendung von hausindustriell gefertigten Wägen und Kartons, 4. hygienisch einwandfreie Beschaffenheit der Läden, Werkstätten und Pausenräume. Die Verpflichtungen der Konsumenten andererseits sollen darin bestehen, daß sie 1. die auf der sogenannten „Reichen Liste“ geführten Firmen, welche sich bereit erklärt haben, in dieser Weise die Bestrebungen des Bundes zu unterstützen, bei ihren Einkäufen bevorzugen, 2. nicht nach 8 Uhr abends einzukaufen, 3. die Einkäufe an den Sonntagen auf das Unersäglich beschränken, 4. Bestellungen, namentlich bei Saisonindustrien und vor Festen, frühzeitig aufgeben, um allzulange Arbeitszeit und Überanstrengung der Arbeiter und Angestellten zu vermeiden. Bei Gelegenheit des Sonntagkongresses wurde die Errichtung einer Zweigstelle des Käuferbundes in Frankfurt am Main beschlossen. Es steht zu hoffen, so schreibt man der Köln. hierzu aus Frankfurt, daß das Verständnis für diese neue Einrichtung, welche wirtschaftlich wie sozial von großem Nutzen sein muß, auch hier sich Bahn bricht.

Wacht man doch zu oft die Erfahrung, wie durch reine Gedankenlosigkeit des laienenden Publikums die Geschäftsleute schwer geschädigt werden. Auf der einen Seite der große Mißstand, daß selbst aus den Kreisen derer, welche unbedingt ihre Einkäufe gleich bar bezahlen könnten, manch-

mit das Ziel so ungebührlich lange hinausgezogen wird, andererseits die Rücksichtslosigkeit des kaufenden Publikums, welches seine Einkäufe nur zu Zeiten vornimmt, die ihm passen, während es weniger danach fragt, ob die Gesundheit der Angekloffenen unter der langen Geschäftszeit leidet. Insbesondere muß auch immer wieder an das Pflichtengefühl der Käufer appelliert werden, ihre Einkäufe zum Weihnachtseste so rechtzeitig zu machen, daß eine Überlastung der Ladenbesitzer wie Verkäufer künstlich vermieden bleibt. Der Käuferbund in Frankfurt a. M. gibt regelmäßig eine Liste heraus, auf der alle die Geschäfte vermerkt sind, welche die Forderungen des Bundes erfüllen. Schon heute sind namhafte Firmen der Damen- und Herrenkonfektion, der Wäschebranche, sowie Fuß- und Modewaren-Geschäfte auf der Liste vertreten. Diese Liste wird fortlaufend ergänzt werden und regelmäßig in die Hände der Mitglieder gelangen. Der Bund will sich zusammensetzen aus Männern und Frauen aller Richtungen und aller Konfessionen. Um weiten Kreisen den Eintritt zu ermöglichen, ist ein jährlicher Mitgliedsbeitrag von 1 Mark festgesetzt. Besonders findet dieses Beispiel in vielen anderen Städten Nachahmung.

Vom Arbeiterstandpunkt aus sind die Bestrebungen dieser Vereinigung nur zu begrüßen. Für die Arbeiter ist es jedoch noch schwierig, abends nach acht Uhr oder Sonntags alle Einkäufe zu vernichten, da leider infolge der langen Arbeitszeiten der Männer die Familienmitglieder oft gerade auf diese Stunden angewiesen sind, weil sie früher, — in Abwesenheit des Vaters — nicht von den Kindern loskommen können. Mögen aber die andern besserbetagten Stände inmehrin hier einmal auf die Arbeiter und Angekloffenen mehr Rücksicht nehmen und mit gutem Beispiel vorangehen.

Der „freie“ Metallarbeiterverband als Züchtler für die sozialdemokratische Partei.

Oft genug haben wir nachgewiesen, daß die „freien“ Gewerkschaften die Rekrutenschulen für die „sozialdemokratische Partei“ bilden, trotzdem finden sich sehr häufig noch naive Leute innerhalb der konfessionellen Vereine usw., die da meinen, die „freien“ Gewerkschaften seien politisch neutral. Das „Hamburger Echo“, Organ der sozialdemokratischen Partei, liefert nun einen schönen Beleg zur „politischen Neutralität“ der freien Gewerkschaften, indem es in Nr. 283 schreibt:

„Agitation für Partei und Parteipresse hat wiederum mit recht günstigem Erfolge der Metallarbeiterverband betrieben. Es wurden an die Mitglieder 12 494 Fragebogen ausgegeben, von denen 7478 wieder eingingen. Von den Befragten waren 3794 Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, 5403 Leser des „Hamburger Echo“. Mitglied der Partei wurden infolge der diesmaligen Umfrage 669, Leser des „Hamburger Echo“ 310. Leider gingen 4931 Fragebogen nicht wieder ein, ein Beweis, daß das Interesse für diese Fragen noch weit mehr geweckt werden muß. In einigen Distrikten, z. B. in St. Pauli, ist erst vor kurzem Agitation für die Partei unter den Metallarbeitern entfaltet worden, wobei 57 neue Mitglieder gewonnen wurden. Das Ergebnis kann im allgemeinen als befriedigend und zu weiterer Arbeit anspornend bezeichnet werden.“

So werden die Mitglieder der freien Gewerkschaften zu wachsenden Sozialdemokraten gezogen und dabei haben die Führer der „freien“ Gewerkschaften noch den Mut, in den Versammlungen zu jagen, bei uns wird niemand nach seiner politischen Überzeugung gefragt. Wir sehen aber, daß es dem „freien“ Metallarbeiterverband in Hamburg weniger darauf ankommt, die „wirtschaftlichen Interessen“ seiner Mitglieder zu vertreten, Hauptache ist, dem Obergenossen Nebel neue Truppen zuzuführen.

Daß die Hamburger Metallarbeiter nicht samt und sonders geneigt sind, sich der „Roten Partei“ zu ergeben, ist schon daraus zu ersehen, daß 4931 Fragebogen nicht wieder eingingen.

Metallarbeiter von Hamburg, haltet die Augen offen, wollt ihr, daß eure Interessen vertreten werden sollen, dann schließt euch dem christlichen Metallarbeiterverband an. G. D.

Soziale Wahn.

Die Augsburger Gewerbegerichtswahl am 26. November stand unter dem Zeichen der gelben Gefahr. Zum ersten Male wurde nach dem System Verhältniswahl gewählt, trotzdem sich die Sozialdemokraten, die bis jetzt alle Wähler stellen, dagegen gesträubt hatten. Nicht weniger als vier Parteien waren für diese Wahl von Seiten der Arbeiter aufgestellt, Sozialdemokraten, Christliche, Gelbe und Kirch-Dunderliche. Abgegeben wurden 8231 gültige Stimmen. Davon entfielen auf die sozialdemokratische Liste 4014, auf die Gelbe Liste 2301, auf die Christliche Liste 1290 und auf die Liste der Kirch-Dunderlichen 626 Stimmen. Da 26 Wähler zu wählen waren, erhielten die Sozialdemokraten 12, die Gelben 7, die Christlichen 4 und die Kirch-Dunderlichen 3 Wähler. Die letzteren würden, wenn ihnen nicht die Reste der übrigen Listen zugerechnet worden wären, nur einen Sitz aus eigener Kraft erhalten haben. In einer ihrer Hochburgen, wo sie sogar eine eigene Zeitung herausgeben, ein solches Maß!

Die Sozialdemokraten haben nicht einmal die Hälfte der bisherigen Sitze halten können. Den Machern der gelben Vereine hat die Wahl gezeigt, daß sie noch recht viele in ihren Reihen haben, die trotz der gelben Politik doch rot sind. Die Gelben hätten überhaupt keine 7 Sitze gewinnen können, wenn nicht ein ungeheurer Druck auf die Arbeiter ausgeübt worden wäre. Wahrscheinlich die Fabrik selber aus, sehr wurde auch im Wahllokale kontrolliert, ob der Stimmzettel noch in Ordnung war! In einer Versammlung der Gelben wurde den Leuten gesagt: Wir wissen ganz genau, wieviel von jedem gelben Verein wahlberechtigt sind. Da nun die Gelben zwei besondere

Wahllokale hatten, war leicht zu kontrollieren, wie gewählt wurde. Mit welcher Unverschämtheit die Fabrikanten vorgehen, zeigt deren Antrag, das Wahllokal in eine Fabrik zu verlegen. Diesen Vorbereitungen gegenüber ist das Wahlergebnis nicht gerade glänzend für die Gelben ausgefallen.

Die Christlichen können mit dem Erreichten zufrieden sein, besonders, wenn man berechnet, unter welchen Umständen sie wählen mußten. Notwendig wird aber sein, die Erfahrungen, die jetzt gesammelt sind, auszunützen. Die Stellung der konfessionellen Vereine gegenüber den Gelben muß unbedingt auch in der Praxis so durchgeführt werden, wie es schon oft in der Theorie festgelegt wurde. Solange in den konfessionellen Arbeitervereinen keine reinliche Scheidung vorgenommen und das Bistum mit den gelben Streikbrechervereinen endgiltig zer schnitten wird, solange wird für unsere Bewegung keine bessere Zukunft anbrechen.

Gewerbegerichts wahl in Düsseldorf. Die am 3. Dezember getätigten Wahlen der Arbeitnehmerbeisitzer zum Gewerbegericht hatten folgendes Ergebnis: Die Kandidaten der freien Gewerkschaften erhielten 8393, die der christlichen Gewerkschaften 5471 und die der Kirch-Dunderlichen 732 Stimmen. Demnach entfielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 7, auf die der christlich-nationalen Arbeiter 4 und auf die der Kirch-Dunderlichen 1 Wähler. Die christlichen Arbeiter gewannen 2 Sitze. — Jammervoll ist das Ergebnis für die S.-D. ausgefallen. In ihrer Hochburg, wo sie einen Schwarm von Beamten haben, ein solches Resultat! Mit der S.-D. Herrlichkeit ist's auch in Düsseldorf zu Ende.

Ortskrankenkassenwahl in Bonn. In Bonn, wo in den Vorjahren die Sozialdemokratie in den Krankenkassen die Oberhand hatte, jagte jetzt bei der Vertreterwahl die Liste der christlichen Arbeiter mit 767 Stimmen über die sozialdemokratische Liste, auf welche 398 Stimmen entfielen. 115 christliche Vertreter stehen gegen 101 sozialistische. Die christlichen Arbeiter haben somit die Majorität.

Die Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse in Griesheim endete mit einem Siege der christlichen Arbeiter. Die sozialdem. Frankfurter „Volksstimme“ spricht von einer unverschämten Interesslosigkeit seitens der „Genossen“. Die christlichen Arbeiter haben sich tapfer gehalten und müssen jetzt für den Ausbau unserer Organisationen sorgen, um in Zukunft stets als Sieger aus allen Kämpfen hervorzugehen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Noter Terror in Bielefeld.

In ihrer letzten Nummer (49) öffnet auch die sozialdemokratische Metallarbeiterzeitung ihren Mund zu dem Vernichtungskampf, den die terroristischen roten Metallgenossen in Bielefeld gegen unsern christlichen Metallarbeiterverband inszeniert haben. Außer einem an die sozialdemokratische Presse verandten Wäschzettel vor einigen Monaten, den sie abdruckte, hatte sich die Met.-Ztg. bis dato über die Vorgänge in Bielefeld in Schweigen gehüllt. Wer aber leicht geglaubt hat, das sei aus Reinheitsgründen geschehen, der wird durch den Hez- und Schimpfartikel in ihrer Nr. 49 eines bessern belehrt. Durch diesen Artikel hat sich die sozialdemokratische Verbandsleitung für den jehuslichen Terrorismus ihrer Genossen in Bielefeld mit verantwortlich gemacht.

Der Artikel selbst strotzt von inhaltlosen Schlagworten, Verleumdungen, Beschimpfungen und plumben Lügen. Es ist ein Nachtopf und kein Leerer. Krampfhaft aber vergeblich bemüht sich der Artikel-schreiber, den brutalen Terrorismus der Genossen ins Gegenteil umzuwälzen und die „Christen“ als das schuldige Karrikel hinzustellen. Wie verlegen der Mann aber um stichhaltige Beweise für seine Mohrenwäsche ist, geht daraus hervor, daß er alles mögliche und unmögliche als Waffe gegen die Christlichen an den Haaren herbeizerrren muß. Einige von dem zu vier Monaten Gefängnis verurteilten Betrüger Lambach den roten ausgelieferte Postkarten (übrigens mit ganz unverschämlichem Inhalt) der Kölner Holzarbeiterstreik, Abg. Brust, der Streik in Velsert, die Aussperrung in Herlohn, ein Bauarbeiterstreik in Düsseldorf, der Streik bei Quittmann in Bienen und wer weiß was noch alles muß dazu herhalten, um die Schanddaten der roten Metallgenossen in Bielefeld zu beschönigen und den Blick der eigenen Nachläufer davon abzulenken.

Gegenüber den falschen und lügnischen Darstellungen über die Vorgänge in Bielefeld, wie sie in dem Artikel der Metallarbeiterzeitung und andern roten Blättern sowie in Flugblättern von sozialdem. Führern verbreitet werden, sehen wir uns nochmals gezwungen, zur Steuere der Wahrheit eine ausführliche Schilderung der Vorkommnisse der Deffentlichkeit zu unterbreiten.

Der stille Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften war schon lange in Bielefeld, wie in den meisten anderen Orten. Schon bei Einführung der christlichen Gewerkschaften wurde möglichst alles getan, um dieselben von Bielefeld fernzuhalten.

In der ersten Versammlung erschien der Beamte des joz. Metallverbandes, der Reichstagsabgeordnete Carl Sebering und prophezeite: „Ihr seid und bleibt in Bielefeld ein tolgeworenes Kind.“

Sebering und Genossen haben dann auch alles versucht, diesen Anspruch wahr zu machen.

Mit dem Wachsen unserer Ortsgruppe begann eine maßlose Heße gegen unsere Kollegen. Manche wurden höher geküchelt, indem man sie auf Arbeit

warten ließ. Andere durch Bestätigung der angefertigten Arbeit, Loslösen von Maschinenteilen usw. Solche Vorkommnisse waren nur dadurch möglich, daß verschiedene Untermeister mit den Sozialdemokraten liebäugelten. Im vorigen Jahre kam es auch schon zu Tätlichkeiten gegen unsere Mitglieder. Mehrere Genossen wurden deshalb zu Gefängnisstrafen bis zu 14 Tagen verurteilt.

Wie konnte man auch etwas anderes von den „Genossen“ erwarten. Sebering zeigte ihnen bei jeder Gelegenheit, wie man die Christlichen behandeln müsse. So sagte er in einer Betriebsversammlung der Arbeiter von Reinslagen u. Vogt:

„Die christlichen gleichen einem stinkendem Laß, und wir müssen so schnell wie möglich dieses Laß, das einen ählichen Geruch verbreitet, unter die Erde bringen.“

Solche „ästhetische“ Ausdrücke hatten stets eine gesteigerte Heße gegen unsere Kollegen zur Folge. Ein netter Arbeiterführer.

Besonders bei der Firma Göttsche trieb der Terrorismus seine Blüten. Triumphierend sagte Sebering am 12. November 1906 in einer Versammlung: „Ganze anderthalb Mann sind bei Göttsche christlich organisiert. Woher kam das? Wollte ein Kollege von uns bei Göttsche arbeiten, wurde er gezwungen, entweder in den roten Verband überzutreten, oder es war unmöglich, in Stellung zu bleiben. Mitte März dss. Jz. brachte der Reparaturschlosser Kruse unsern Mitglied Diekmann mit „kassmachen“, d. h. totschlagen, wenn er nicht überträte.“

Als der christlich organisierte Arbeiter Krug bei Göttsche in Arbeit trat, stellte der Vertrauensmann Niemann vom roten Metallarbeiterverband an den Meister Vogel das Ansuchen, Krug zu entlassen, und das Arbeiterausschußmitglied, Genosse Riegel forderte auf, die Brocken hinzuworfen, wenn Krug nicht entlassen würde. Das sind einige Fälle von vielen. Es schien so, als ob nur Mitglieder des joz. Verbandes ein Recht auf Brot und Arbeit hätten.

Das konnten und durften die christlichen Arbeiter sich nicht länger bieten lassen.

Sie waren es sich und ihrer Überzeugung schuldig, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften den sozialdemokratischen Terrorismus abzuwehren und sich enger zusammenzuschließen.

Der Kampf steigerte sich bis zur Siebeshöhe, als es den christlichen Arbeitern möglich war, in größerer Zahl bei der Firma Göttsche in Arbeit zu treten. Es soll und muß besonders hervorgehoben werden, daß zu jener Zeit keinerlei Streiks und Lohnbewegungen bei der Firma Göttsche bestanden, trotzdem setzte sofort der stärkste Terrorismus der Genossen ein.

Eine ganze Anzahl unserer Kollegen wurden heimlich überfallen und mißhandelt.

Besonders saßen unser Kollege Wehmeier als Vorsitzender der Ortsgruppe des christlichen Metallarbeiterverbandes als Zielscheibe des Hasses anderer zu sein. In Flugblättern, welche vom Leiter der sozialdemokratischen Verbandsverwaltung in Bielefeld, Reichstagsabgeordneter Carl Sebering, herausgegeben, wurde gegen Wehmeier gehetzt, Straße und Hausnummer seiner Wohnung angegeben und so indirekt der Janhagel veranlaßt, Gewalttätigkeiten zu verüben.

Der Erfolg dieser Schandthat zeigte sich sehr bald.

Wehmeier wurde von einer Horde auf offener Straße überfallen und blutig geschlagen, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Damit nicht genug, zog eine Horde Männer, Weiber und Kinder vor die Wohnung Wehmeiers und bombardierten die Fenster mit Steinwürfen, so daß die Familie flüchten mußte.

In Flugblättern, die überall verbreitet werden, sucht der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Bielefeld, Carl Sebering, die Sache harmlos darzustellen, als sei niemals von ihnen ein Wässerchen getrübt, ein Druck auf Andersdenkende ausgeübt worden.

Außer dem Obigen steht aber fest, daß gerade der Reichstagsabgeordnete Carl Sebering in einer Vertikativversammlung am 12. Oktober äußerte:

„Es ist ja nicht schön, daß die christlichen Gane bekommen haben, aber wäre ich es gewesen, ich hätte es noch besser gemacht. Wenn mal einer welche bekommt, dann gleich kräftig, damit er ewig daran denkt.“ Ferner: „Ihr dürft nicht mit den Christlichen sprechen und ihnen keine Arbeit-eigen, damit sie nichts verdienen, bis der letzte Mann hinaus gekelt ist.“

Ist es nicht eine eklatante Heuchelei, wenn man in der Deffentlichkeit sagt: „Wir vertreten den Grundsatz, daß Andersdenkenden nichts passiert, und in geschlossenen Sitzungen zeigt man den Mitgliedern, wie man noch besser die Christlichen verprügeln könnte.“ Ja, Sebering gibt die mündliche Erläuterung dazu. Ein netter Reichstagsabgeordneter, worauf wahrhaftig die Arbeiterchaft Bielefelds wenig stolz sein kann. Deffentlich erhält der Herr Sebering von der Bielefelder Arbeiterchaft nicht zum zweiten Male Gelegenheit, in der Reichstags einzuziehen.

Der zweite Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Bielefeld Herr Buse gibt selbst die praktische Anleitung.

Von einem Chor seiner Getreuen begleitet beschimpfte und mißhandelte derselbe unser Mitgl. Witkowski am 12. November abends gegen 1/11 Uhr auf offener Straße.

Nette Freiheitshelden, diese Führer, die wie gemeine Strauchritter in später Nachtstunde Leute erst beschimpfen und dann sogar mit Schlägen traktieren.

So sieht es aus mit der von jenen Leuten gepredigten Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, sie ist zur Phrase herabgesunken. Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.

Jeder anständige Mensch, welcher Gesinnung und Neberzeugung er auch sein mag, muß sich mit Abscheu abwenden von solcher Brutalität, wie sie in Bielefeld sogar von Führern ausgeübt wird. Kann die Masse wohl eine Ueberzeugung achten, wenn die Führer selbst mit solch schlechtem Beispiel vorangehen.

Die Vorgänge in Bielefeld fallen voll und ganz auf die dortigen sozialdemokratischen Führer zurück.

Wahrlich, es muß schlecht bestellt sein um eine Sache, die mit solch verwerflichen Mitteln vertreten wird.

Unsere christlichen Kollegen in Bielefeld ließen sich aber auch durch Terrorismus nicht einschüchtern; trotz alledem wurde die Zahl immer größer, teils durch Neuaufnahmen, Zureisen sowie Uebertritte aus dem freien Metallarbeiterverband. Vielen recht denkenden Kollegen im roten Verband wurde das Treiben ihrer Führer zum Ekel und traten zum christlichen Verband über, zum Aerger der sozialdemokratischen Nachzer.

Herr Sebering und Genossen suchten einen Trick, um die Christlichen aus Bielefeld hinauszubringen. In einer Versammlung fiel das Wort, die Christlichen müssen aus Bielefeld hinaus. Die Genossen glaubten durch einen Streik in der Dreherei bei der Firma Görde letztere zwingen zu können, die Christlichen zu entlassen. Nachdem vorher in einer andern Werkstatt (der Schleiferei) vergebens ein Streik zu initiieren versucht worden. Hier waren die Christlichen schon zu zahlreich.

Die Vorgeschichte dieses „Streiks“ ist kurz folgende:

Der Kolonnenführer Dreher Banze war angeklagt infolge Erkältung einige Tage zu Hause geblieben unter dem Vorwand, er werde wohl wegen Lungenkrankheit auf längere Zeit eine Lungenheilanstalt aufsuchen müssen. Als er sah, daß sein Platz besetzt und seine Kolonne inzwischen aufgelöst war, meldete er sich wieder zur Arbeit und verlangte seine Kolonnenführerstelle wieder. Dies wurde von der Firma abgelehnt. Den Arbeitern wurde seitens der Führer vorgebetet, Banze könne mit seinen ihm belassenen drei Vänten nur noch 25—30 Mark in 14 Tagen verdienen, während Banze in der 17. und 18. Lohnperiode, wo er ebenfalls während des Streiks in der Stanzerlei nur drei Vänke bediente, doch 82 und 79 Mark verdient hat. Banze hat auf diese Feststellung hin in verschiedenen Zeitungen u. a. auch dem „Reich“ eine Berichtigung gesandt, wozin behauptet wird, Banze habe den von uns angegebenen Verdienst nicht an drei Vänten erzielt; auch habe er in den betreffenden Lohnperioden Werkzeuge gekauft. Dem gegenüber sei festgestellt, daß Banze in der 17. Lohnperiode inkl. seines Mitarbeiter unter einem Gesamtverdienst von 132,42 Mk. nur für 7,50 Mark und in der 18. unter einem Gesamtverdienst von 131,11 Mk. für 11,80 Mk. Werkzeuge gekauft hat. Das Werkzeugguthaben ist in den genannten Zeitschnitten so gering, daß es auf die Höhe des Verdienstes keinen bedeutenden Einfluß haben konnte.

Bezeichnend für einen „Genossen“ ist es, daß Banze von den verdienten 132,42 Mk. seinem Mitarbeiter nur 30 Mk. zukommen ließ, während er 82 Mark für sich behält.

So mußte dieser nichtige gesuchte Vorwand benutzt werden, um einen Scheinbar gegen die Firma, in Wirklichkeit aber gegen die christlichen Arbeiter gerichteten Streik inszenieren zu können.

Die christlichen Arbeiter, Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes, waren aber klug genug, diesen Kummel nicht mitzumachen. Denn nur die allergrößten Käiber wählen ihre Nachzer selber. Es wäre ja auch geradezu zum Weinen, wenn die christlichen Arbeiter ihre eigenen Totengräber sein wollten.

Nachdem die roten Führer ihren schlaunen, raffinierten, arbeiterschädigenden Plan durchkreuzt sahen, schreien sie über Streikbruch und Arbeiterverrat der Christlichen. Die rote Wei-3tg. überschreibt ihren Gehärdel in Nr. 49 sogar: „Streikbruch der Christen in Bielefeld“.

O diese Heuchelei! Welcher vernünftige Mensch will den christlichen Arbeitern zumuten, einen Streik mitzumachen, der zu ihrer eigenen Vernichtung angezettelt wurde? Sicher niemand, soweit er Anstand hat. Wie würden sich denn diese

Streik, nachdem der rote Verband und seine Führer ihr verwerfliches Spiel verloren sehen, suchen sie sich rein zu waschen und als die unschuldigen Lämmer aufzuspielen, die sich nur gegen die bösen Christlichen zu erwehren hätten.

Es wird den christlichen Arbeitern vorgebeten, sie arbeiteten zu zu billigen Preisen, die Vordergabeln machten sie 18 Prozent billiger. Nun Gegenstück ist wahr, wie wir in einem früheren Artikel schon festgestellt haben, daß die Preise die Preise reduzierten, sondern der freitorganisierte Kolonnenführer Tilges.

Dieser bekam für die Kolonnengehälter 42,8 Pfg. Als die Kolonne aufgelöst wurde, erklärte Tilges: „Wenn ich die Kolonne behalte, will ich die Vordergabeln für 32—33 Pfg. herstellen, man kann dann an der Vordergabel immer noch ein schönes Geld verdienen. Auf diese Aussage hin hat die Firma den Akkordsatz zwar nicht auf 32, sondern auf 36 Pfg. reduziert.

In einem weiteren Flugblatt versucht der sozialdemokratische Häuptling Sebering, diese Tatsache abzuweichen. Auch damit hat er kein Glück. Was Sebering in diesem Flugblatt schreibt über das „billiger arbeiten“ der Christlichen sowie über das Aufstellen einzelner Akkorde für Vordergabeln, entspricht nicht den Tatsachen und kann nur als ein Verlegenheitsprodukt bezeichnet werden. Weder der Arbeiter Menzel noch sonst ein Christlicher hat irgend welche reduzierende Aufstellungen der Akkordreise gemacht; die Preise waren längst reduziert, als Menzel anfang, Vordergabeln zu machen. Uebrigens hat Tilges die Richtigkeit unserer Angaben seinem Meister gegenüber selbst angegeben.

Herr Sebering sucht fast noch Bligableitern, und so zieht er den Streit unserer Kollegen in Bocholt heran. In Bocholt wurde kein Streit seitens unseres Verbandes angezettelt, um die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter zu veranlassen, wie es umgekehrt in Bielefeld seitens der roten geschehen.

In Bocholt künftigen unsere Kollegen um Aufbesserung ihrer lächerlichen Löhne, was ihnen aber in den Mägen fiel, ihnen den Erfolg teilweise freitz machte, das waren rot organisierte Arbeiter, die anfangs mitzumachen versprochen hatten.

So ist in beiden Fällen der wahre Arbeiterverrat bei den rot organisierten Genossen.

Es mag Sebering sich drehen und krümmen wie er will, alle seine Anreden fallen in sich zusammen.

Auch die Behauptung, unser Vorsitzender Wehmeier habe einem unserer Mitglieder gesagt: „Wenn du nicht arbeitslosdienstliche verrichten willst, werde ich deine Entlassung bei Görde beantragen.“ ist eine grobe Unwahrheit und beweist nur, wie sehr die „Genossen“ suchen müssen, anderen Leuten etwas anzuhängen, um ihre eigenen Sünden zu verdecken.

Geradezu lächerlich ist es aber, wie die rote Presse und ein Flugblatt von Sebering, immer wieder behauptet: in Bielefeld lägen keine Betriebsvergrößerungen vor. Sehen denn die „Genossen“ den Wald vor lauter Bäumen nicht? Der Versuch, in Bielefeld Betriebsvergrößerungen wegzuliegnen, wird doch nur herabgelächelt, wie überhaupt die beiden Flugblätter von Sebering bei den Arbeitern und Bürgern nur Kopfschütteln und Heiterkeit erregt haben.

So steht es in Wirklichkeit in Bielefeld aus.

Daß das Verhalten der „Genossen“ auch in der Arbeiterbewegung mehr und mehr verurteilt wird, beweist die Tatsache, daß die Zahl der christlich organisierten Metallarbeiter immer größer wird. Täglich mehrern sich die Mannschaften und Uebertritte. Die Höhe gegen unsern Verband ist also mißglückt und bedeutet nur einen Schlag ins Wasser. Man konnte die Christlichen nicht aus Bielefeld herausreiben, wohl aber sind durch diesen gegen eigene Arbeiter und Kollegen genossen inszenierten aber mißglückten Kampf, manche brave Familien ins Elend hineingeführt; sie können sich hierfür bei ihren sozialdemokratischen Führern bedanken: es ist die Frucht der roten Gehärdel.

Jedem vernünftig und gerecht denkenden Arbeiter im sozialdemokratischen Verband muß selbst die Erkenntnis kommen, daß ein solcher Kampf, wie er in Bielefeld gegen die christlichen Arbeiter geführt wurde, nur zum Schaden des ganzen Arbeiterverbandes ausfallen muß.

Wo so gearbeitet wird, kann von Vertretung von Arbeiterinteressen nicht die Rede sein.

Der christliche Metallarbeiterverband hat zu jeder Zeit gezeigt, daß er ehrlich befreit ist die Arbeiterinteressen zu vertreten, und jede Ueberzeugung zu achten. Deshalb ergoß der Ruf an alle Metallarbeiter, schließt auch dem christlichen Metallarbeiterverbande an, dann werden eure Interessen aufs nachdrücklichste vertreten werden.

Deshalb hinein, Metallarbeiter aller Berufs, in den christlichen Metallarbeiterverband! Unsere Kollegen in den übrigen Bezirken sagen mit Dank für ihre jetzige mutige Unternehmung und erziehen auch für die Zukunft der Kollegen in Bielefeld zu co-

senken. Mit vereinter Kraft man Großes schaffen werden alle Pläne der Gegner an unserer Einheit abprallen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Vorabklärung ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

Bocholt. In der Herdfabrik der Firma Z. Elsinghorst sind Differenzen ausgebrochen.

Süren. In Alisdorf sind bei der Firma Zimmann in der Formerei Lohn Differenzen ausgebrochen.

Solingen. Die Arbeiter der Firma Hammesfahr stehen im Streit.

Osnabrück. Bei der Gasuhrfabrik Kroschöder stehen die Arbeiter im Streit.

Oberstein. Hier sind sämtliche organisierte Metallarbeiter angepersert.

Alten. Ueber die Firma Gottfr. Quittmann die Sperre verhängt.

Singen. Ueber die Fittingswerke ist die Sperre verhängt.

Dresfeld. Die hiesigen Elektromonteur sind eine Lohnbewegung getreten.

Stuttgart. Die hiesigen Flaschner und Instalateure stehen in einer Tarifbewegung.

Bezug ist fernzuhalten.

Ahlen i. W. Wie den Kollegen bekannt, schwand zwischen den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken in Ahlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen klären. Wir erjuchten unsere Mitglieder, sich zu erweiger Annahme von Arbeit in Ahlen bei untern dortigen Verbandsvertreter zu melden.

(Siehe den heutigen Artikel: Ein interessanter Verdingungsprozeß. Außerdem schwebt am Landgericht Dülmen noch ein weiterer Prozeß, den die Westfälischen Stanz- und Emailierwerke betreffs Aufhebung der Sperre gegen uns angestrengt hat. Red.)

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag den 15. Dezember der einundfünfzigste Woche Beitrag für die Zeit vom 15. bis 22. Dezember 1907 fällig.

Der Zeitungsendung an die Ortsgruppen liegen die Abrechnungsformulare zur Abrechnung vom vierten Quartal 1907 und die Zählkarte für die Arbeitslosenstatistik vom Kaiserl. Statistischen Amt bei. Die Rechnung und Zählkarte sind sofort dem Kassierer der Ortsgruppe zu übergeben. Auf der Arbeitslosenzählkarte hat der Kassierer der Ortsgruppe die Mitgliederzahl anzugeben, die Zahl der Arbeitslosen, (nicht der Kranken und derjenigen, die sich als auf der Reise befindlich am Ort gemeldet haben. Ebenso ist die Zahl der Arbeitslosen und die ausgezahlte Arbeitslosen- und Meldeunterstützung anzugeben. Die Karte darf nicht früher und auch nicht später als in der Zeit vom 1. bis 15. Januar eingekommen werden. Jede Ortsgruppe muß ihre Karte darin gegen, die Zählkarte richtig auszufüllen und persönlich einzusenden. Wo aus Versehen die Formulare und Karte nicht im Zeitungsbeutel beiliegen sollte, dies sofort an die Zentrale zu melden.

Der diesmaligen Zeitungsendung liegt ein Flugblatt bei; Wehrdienstleistungen von demselben sind an die Zentrale zu richten und werden sofort erledigt werden.

Aus dem Verbandsgebiet.

Es ist zu sehen. Nachdem unsere Ortsgruppe ihre Arbeit mit einem ausführlichen Programm aufgenommen und am 20. November eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung hatte, feierten wir am Sonntag, dem 1. Dezember, unser 6. „Stiftungsfest“ ganz lebendiger Art. Es war dies kein Stiftungsfest, welches mit Pauken und Trompetenschall gefeiert wurde, sondern mit einer gut vorbereiteten Hausgastlichkeit.

Da es am 1. Dezember genau 6 Jahre wurden, die unsere Ortsgruppe bestand und die Mitgliederzahl bis zu 600 angewachsen war, hielt der Vorstand einmal Gedächtnisrede. Da sollte es sich heraus, daß noch 200 unorganisierte Metallarbeiter in Bielefeld vorhanden waren. Diese überzeugen von der Notwendigkeit der Organisation und des untern Verbandes zuzutreten, das sollte das Programm unseres Stiftungsfestes sein. (Bravo! Wird zur Ausführung empfohlen. D. Red.)

Der zweite Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Bielefeld Herr Buse gibt selbst die praktische Anweisung.

Von einem Chor seiner Getreuen begleitet beschimpfte und mißhandelte derselbe unser Mitglieb Witkowski am 12. November abends gegen 1/2 11 Uhr auf offener Straße.

Nette Freiheitshelden, diese Führer, die wie gemeine Strauchritter in später Nachtstunde Leute erst beschimpfen und dann sogar mit Schlägen traktieren.

So sieht es aus mit der von jenen Leuten gepredigten Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, sie ist zur Phrasenherabgesunken. Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.

Jeder anständige Mensch, welcher Gesinnung und Ueberzeugung er auch sein mag, muß sich mit solchen abwenden von solcher Brutalität, wie sie in Bielefeld sogar von Führern ausgeht wird. Kann die Masse wohl eine Ueberzeugung achten, wenn die Führer selbst mit solch schlechtestem Beispiel vorangehen.

Die Vorgänge in Bielefeld fallen voll und ganz auf die dortigen sozialdemokratischen Führer zurück.

Wahrlich, es muß schlecht bestellt sein um eine Sache, die mit solch verwerflichen Mitteln vertreten wird.

Unsere christlichen Kollegen in Bielefeld ließen sich aber auch durch Terrorismus nicht einschüchtern; trotz alledem wurde die Zahl immer größer, teils durch Neuannahmen, Zureisen sowie Uebertritte aus dem freien Metallarbeiterverband. Vielen recht denkenden Kollegen im roten Verband wurde das Treiben ihrer Führer zum Ekel und traten zum christlichen Verband über, zum Aerger der sozialdemokratischen Machter.

Herr Sebering und Genossen suchten einen Trick, um die Christlichen aus Bielefeld hinauszubringen. In einer Versammlung fiel das Wort, die Christlichen müssen aus Bielefeld hinaus. Die Genossen glaubten durch einen Streik in der Dreherei bei der Firma Göttsche letztere zwingen zu können, die Christlichen zu entlassen. Nachdem vorher in einer andern Werkstatt (der Schleiferei) vergebens ein Streik zu organisieren versucht worden. Hier waren die Christlichen schon zu zahlreich.

Die Vorgeschichte dieses „Streiks“ ist kurz folgende:

Der Kolonnenführer Dreher Banze war angeblich infolge Erkältung einige Tage zu Hause geblieben unter dem Vorwand, er werde wohl wegen Lungenkrankheit auf längere Zeit eine Lungenheilanstalt aufsuchen müssen. Als er sah, daß sein Platz besetzt und seine Kolonne inzwischen aufgelöst war, meldete er sich wieder zur Arbeit und verlangte seine Kolonnenführerstelle wieder. Dies wurde von der Firma abgelehnt. Den Arbeitern wurde seitens der Führer vorgerebet, Banze könne mit seinen ihm belassenen drei Bänken nur noch 25—30 Mark in 14 Tagen verdienen, während Banze in der 17. und 18. Lohnperiode, wo er ebenfalls während des Streiks in der Stanzerei nur drei Bänke bediente, doch 82 und 79 Mark verdient hat. Banze hat auf diese Feststellung hin in verschiedenen Zeitungen u. a. auch dem „Reich“ eine Berichtigung gesandt, worin behauptet wird, Banze habe den von uns angegebenen Verdienst nicht an drei Bänken erzielt; auch habe er in den betreffenden Lohnperioden Werkzeuge gebrannt. Dem gegenüber sei festgestellt, daß Banze in der 17. Lohnperiode inkl. seines Mitarbeiters unter einem Gesamtverdienst von 132,42 Mk. nur für 7,50 Mark und in der 18. unter einem Gesamtverdienst von 131,11 Mk. für 11,80 Mk. Werkzeuge gebrannt hat. Das Werkzeugbrannt ist in den genannten Zeitschnitten so gering, daß es auf die Höhe des Verdienstes keinen bedeutenden Einfluß haben konnte.

Bezeichnend für einen „Genossen“ ist es, daß Banze von den verdienten 132,42 Mk. seinem Mitarbeiter nur 50 Mk. zukommen ließ, während er 82 Mark für sich behält.

So mußte dieser nichtige gesuchte Vorstand benutzt werden, um einen Scheinbar gegen die Firma, in Wirklichkeit aber gegen die christlichen Arbeiter gerichteten Streik inszenieren zu können.

Die christlichen Arbeiter, Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes, traten aber klug genug, diesen Kummel nicht mitzumachen. Denn nur die allergrößten Käiser wählen ihre Wegger selber. Es wäre ja auch geradezu zum Heulen, wenn die christlichen Arbeiter ihre eigenen Totengräber sein wollten.

Nachdem die roten Führer ihren schlaunen, raffinierten, arbeiterschädigenden Plan durchgezogen haben, schreiben sie über Streikbruch und Arbeitererrat der Christlichen. Die rote Met.-Ztg. überschreibt ihren Behauptungen in Nr. 49 sogar: „Streikbruch der Christen in Bielefeld“.

O diese Genossen! Welcher vernünftige Mensch will den christlichen Arbeitern zuzunehmen, einen Streik mitzumachen, der zu ihrer eigenen Vernichtung angezettelt wurde? Sicher niemand, soweit er Anstand hat. Ihre wunden Wunden bluten nicht.

Seht, nachdem der rote Verband und seine Führer ihr verwerfliches Spiel verloren sehen, suchen sie sich rein zu waschen und als die unschuldigen Lämmer aufzuspielen, die sich nur gegen die bösen Christlichen zu erwehren hätten.

Es wird den christlichen Arbeitern vorgeworfen, sie arbeiteten zu zu billigen Preisen, die Vordergabeln machten sie 16 Prozent billiger. Nun Gegenstück ist wahr, wie wir in einem früheren Artikel schon feststellten, daß die christlichen die Preise reduzierten, sondern der freiorganisierte Kolonnenführer Tilges.

Dieser bekam für die Kolonnengabeln 42,8 Pfg. Als die Kolonne aufgelöst wurde, erklärte Tilges: „Wenn ich die Kolonne behalte, will ich die Vordergabeln für 32—33 Pfg. herstellen, man kann dann an der Vordergabel immer noch ein schönes Geld verdienen. Auf diese Aussage hin hat die Firma den Auftragsvertrag nicht auf 32, sondern auf 36 Pfg. reduziert.“

In einem weiteren Flugblatt versucht der sozialdemokratische Säufel Sebering, diese Tatsache abzuschwächen. Auch damit hat er kein Glück. Was Sebering in diesem Flugblatt schreibt über das „billiger arbeiten“ der Christlichen sowie über das Aufstellen einzelner Aufträge für Vordergabeln, entspricht nicht den Tatsachen und kann nur als ein Verlegenheitsprodukt bezeichnet werden. Weder der Arbeiter Menzel noch sonst ein Christlicher hat irgend welche reduzierende Aufstellungen der Kolonnenpreise gemacht; die Preise waren längst reduziert, als Menzel ansetzte, Vordergabeln zu machen. Uebrigens hat Tilges die Richtigkeit unserer Angaben seinem Meister gegenüber selbst zugegeben.

Herr Sebering sucht jetzt nach Blähleitern, und so zieht er den Streik unserer Kollegen in Bocholt heran. In Bocholt wurde ein Streik seitens unseres Verbandes angezettelt, um die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter zu veranlassen, wie es umgekehrt in Bielefeld seitens der Roten geschehen.

In Bocholt kämpften unsere Kollegen um Aufhebung ihrer täglichen Löhne, wer ihnen aber in den Rücken fiel, ihnen den Erfolg teilweise freizugeben, das waren rot organisierte Arbeiter, die anfangs mitzumachen versprochen hatten.

So ist in beiden Fällen der wahre Arbeiterrat bei den rot organisierten Genossen.

Es mag Sebering sich drehen und krümmen wie er will, alle seine Angaben fallen in sich zusammen. Auch die Behauptung, unser Vorsitzender Wehmeier habe einem unserer Mitglieder gesagt: „Wenn du nicht arbeitswilligendienste verrichten willst, werde ich deine Entlassung bei Göttsche beantragen.“ ist eine grobe Unwahrheit und beweist nur, wie sehr die „Genossen“ suchen müssen, anderen Leuten etwas anzuhängen, um ihre eigenen Sünden zu verdecken.

Geradezu lächerlich ist es aber, wie die rote Presse und ein Flugblatt von Sebering, immer wieder behauptet: in Bielefeld lägen keine Betriebsvergrößerungen vor. Sehen denn die „Genossen“ den Wald vor lauter Bäumen nicht? Der Versuch, in Bielefeld Betriebsvergrößerungen wegzulugnen, wird doch nur herzlich belacht, wie überhaupt die beiden Flugblätter von Sebering bei den Arbeitern und Bürgern nur Kopfschütteln und Heiterkeit erzeugen haben.

So sieht es in Wirklichkeit in Bielefeld aus.

Daß das Geschrei der „Genossen“ auch in der Arbeiterkammer mehr und mehr verurteilt wird, beweist die Tatsache, daß die Zahl der wirklich organisierten Metallarbeiter immer größer wird. Täglich mehrern sich die Neuannahmen und Uebertritte. Die Hebe gegen unsern Verband ist also rückwärts und bedeutet nur einen Schlag ins Wasser. Man könnte die Christlichen nicht aus Bielefeld herausstreifen, wohl aber sind durch diesen gegen eigene Arbeiter und Kollegen inszenierten aber missglückten Kampf, manche brave Familien ins Elend hineingekürzt; sie können sich hierfür bei ihren sozialdemokratischen Führern bedanken: es ist die Frucht der roten Geharbeit.

Jedem vernünftig und gerecht denkenden Arbeiter im sozialdemokratischen Verband muß selbst die Erkenntnis kommen, daß ein solcher Kampf, wie er in Bielefeld gegen die christlichen Arbeiter geführt wurde, nur zum Schaden des ganzen Arbeiterverbandes ausfallen muß.

So lo gearbeitet wird, kann von Vertretung von Arbeiterinteressen nicht die Rede sein.

Der christliche Metallarbeiterverband hat zu jeder Zeit gezeigt, daß er ehrlich beabsichtigt ist die Arbeiterinteressen zu vertreten, und jede Ueberzeugung zu erwirken. Deshalb ergeht der Ruf an alle Metallarbeiter, schließt euch dem christlichen Metallarbeiterverbande an, dann werden eure Interessen aufs nachdrücklichste vertreten werden.

Deshalb hinein, Metallarbeiter aller Berufe, in den christlichen Metallarbeiterverband! Unsere Kollegen in den übrigen Bezirken legen wie Dank für ihre seitherige mutige Unterstützung und ersuchen auch für die Zukunft der Kollegen in Bielefeld zu co-

Denken. Mit vereinter Kraft man Großes schaffen kann werden alle Pläne der Begier an unserer Seite abprallen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Vorabkündigung ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Bocholt. In der Herdfabrik der Firma J. Elshorst sind Differenzen ausgebrochen.

Düren. In Nilsdorf sind bei der Firma Zimmermann in der Formerei Lohn Differenzen ausgebrochen.

Solingen. Die Arbeiter der Firma Hammesfahr stehen im Streik.

Osnaabrück. Bei der Gasfabrik Krotschöder stehen die Arbeiter im Streik.

Oberstein. Hier sind sämtliche organisierte Metallarbeiter angepersert.

Münster. Ueber die Firma Gottfr. Quittmann die Sperre verhängt.

Siegen. Ueber die Fittlingswerke ist die Sperre verhängt.

Krefeld. Die hiesigen Elektromonteur sind eine Lohnbewegung getreten.

Stuttgart. Die hiesigen Flaschner und Installateure stehen in einer Tarifbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten.

Ahlen i. W. Wie den Kollegen bekannt, schwärzen zwischen den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken in Ahlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen klären. Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich zu erwartiger Annahme von Arbeit in Ahlen bei unsen doctoren Verbandsvertreter zu melden.

(Siehe den heutigen Artikel: Ein interessanter Verhandlungsprozeß. Außerdem schreibt am Landgericht Duingen noch ein weiterer Prozeß, den die Westfälischen Stanz- und Emailierwerke betreffs Aufhebung der Sperre gegen uns angestrengt hat. Red.)

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag den 15. Dezember der einundfünfzigste Woche Beitrag für die Zeit vom 15. bis 22. Dezember 1907 fällig.

Der Zeitungsendung an die Ortsgruppen liegen Abrechnungsformulare zur Abrechnung vom vierten Quartal 1907 und die Zählkarte für die Arbeitslosenstatistik vom Kaiserl. Statistischen Amt bei. Die Rechnung und Zählkarte sind sofort dem Kassierer der Ortsgruppe zu übergeben. Auf der Arbeitslosenzählkarte hat der Kassierer der Ortsgruppe die Mitgliederzahl anzugeben, die Zahl der Arbeitslosen, (nicht der Kranken und derjenigen, die sich als auf der Reise befindlich am Ort gemeldet haben. Ebenso ist die Zahl der Arbeitslosen und die ausgezahlte Arbeitslosen- und Reiseunterstützung anzugeben. Die Karte darf nicht früher und auch nicht später als in der Zeit vom 1. bis 15. Januar eingesandt werden. Jede Ortsgruppe muß ihre Karte persönlich einzusenden. Wo aus Versehen die Formulare und Karte nicht im Zeitungspaket beiliegen sollte, dies sofort an die Zentrale zu melden.

Der diesmaligen Zeitungsendung liegt ein Flugblatt bei; Mehrbestellungen von demselben sind an die Zentrale zu richten und werden sofort erledigt werden.

Aus dem Verbandsgebiet.

Wurzen. Nachdem unsere Ortsgruppe ihre Arbeit mit einem ausführenden Programm aufgenommen und am 20. November eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung stattgefunden hatte, feierten wir am Sonntag, dem 1. Dezember, unser 6. „Stiftungsfest“ ganz besondern Art. Es war dies kein Stiftungsfest, welches mit Pauken und Trompetenschall gefeiert wurde, sondern mit einer gut vorbereiteten Hausagitation.

Da es am 1. Dezember genau 6 Jahre wurden, da unsere Ortsgruppe bestand und die Mitgliederzahl bis auf 600 angewachsen war, hielt der Vorstand einmal Generalversammlung ab. Da sollte es sich heraus, daß noch 200 unorganisierte Metallarbeiter in Wurzen vorhanden waren. Diese Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Organisation war die unterem Verbands zugunsten, das sollte das Programm anderer Stiftungsfestes sein. (Brause! Wird zur Nachahmung empfohlen. D. Red.)

In einer zu diesem Zwecke einberufenen Vertrauens-

...trag, sämtliche indifferenten Metallarbeiter aus ihrem Sprengel mit genauer Adresse aufzuschreiben. Nachdem der Vorstand im Besitze der Namen der Indifferenten war, führte er dieselbe sprengelweise auf Listen auf. Zu diesem Zwecke wurden auf einem großen Bogen Papier links die Namen der Indifferenten aufgeführt und rechts ein freier Platz gelassen, um die Einwendungen, die der Indifferent machte, anzuführen; um auch auf diesem Gebiete patristisches Material zu sammeln.

Nachdem diese Arbeit erledigt war, wurden die wichtigsten Kollegen, die man in der Agitation brauchen kann, sowie sämtliche Vertrauensmänner zu einer Versammlung eingeladen. In dieser Versammlung erstattete der Vorsitzende Bericht über den Stand der Ortsgruppe: Dieselbe sei 600 Mitglieder stark, aber 200 Mitglieder seien in Würzelen noch zu gewinnen und sie (die Anwesenden) seien dazu berufen, diese dem Verbands zuzuführen.

In der nun folgenden Diskussion erklärten sich alle Kollegen ohne Ausnahme bereit, ihre Person einen Sonntag in den Dienst des Verbandes zu stellen. Sodann wurde ein kurzes Referat gehalten, welches dazu diente, die Anwesenden aufzuklären, wie sie die Agitation betreiben sollen. Es wurden die wichtigsten Punkte, welche für die Agitation in Betracht kamen, besprochen, damit dieselbe sich ziemlich einheitlich gestalten.

Dann erhielt jeder Vertrauensmann seine Indifferentenliste und wurden ihm noch ein oder zwei Kollegen zur Verfügung gestellt, die ihm in der Hausagitation behilflich sein sollten. Nach einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden ging man mit Mut und Begeisterung an die Arbeit.

Am Sonntag, dem 1. Dezember, konnte man die Metallarbeiter von Haus zu Haus wandern sehen, und ehe es Abend war, hatten sie dem Verbands 50 neue Mitglieder zugeführt.

Ohne Fleiß kein Preis! So kann man auch hier sagen, denn die Arbeit hat sich gut gelohnt.

Werte Kollegen! Die 600 sind überschritten, und jetzt heißt es mit zielbewusster Energie den 700 entgegenzugehen. Wir haben zu unserer Freude gesehen, daß es außer Vorstand und Vertrauensmänner noch viele Kollegen gibt, die mitarbeiten können und wollen. Das hat diese Hausagitation bewiesen. So muß es auch in Zukunft sein. Jeder soll auf seinem Posten sein, jeder soll ein Agitator werden, dann werden wir auch diejenigen, die jetzt noch übrig geblieben sind, mit der Zeit zu den unsrigen zählen können.

Von den neu aufgenommenen Kollegen, die wir herzlich in unseren Reihen willkommen heißen, erwarten wir, daß es ganze Gewerkschaftler werden. Daß sie sich nicht in den Verband haben aufnehmen lassen, damit der hiesige Agitator sie nicht mehr belästigt, sondern daß sie mitarbeiten daran, daß die Worte des Staatssekretärs v. Weismann-Hollweg wahr werden, den Arbeiterstand einzuordnen in die Gesellschaft. Um daran mitzuarbeiten ist es nötig, daß jeder sein Verbandsorgan eifrig studiert, alle Versammlungen besucht und sich für alle Arbeiterfragen interessiert.

Die Versammlungen finden jeden dritten Sonntag im Monat, abends 6 Uhr, im Lokale Schümmer statt. Das Winterprogramm, das bereits begonnen hat, enthält folgende Themen: Unfallversicherung, Krankenversicherung, Invalidenversicherung und Gewerbegebiete.

Unsere Parole für die Zukunft muß stets heißen:
Vorwärts immer,
Rückwärts nimmer.

Anmerkung der Verbandsleitung. Unsere wackeren Kollegen von Würzelen zeigen, wie durch Eifer, Energie, Einigkeit und geschlossenes Zusammenarbeiten aller Kräfte eine Sache vorwärts zu bringen ist. Daran könnten sich viele andere ein Beispiel nehmen, wo jeder glaubt, er lege eine Hand zueinander, und sich dann wundern, daß sie nicht vorwärts kommen. Unsere Würzelener Kollegen haben sich auch durch Wäpferfolge und Schläge, die über sie hereinbrachen, nicht mutlos machen lassen, sondern um so fester zusammengeschlossen, und dadurch ihre Kraft gestärkt; im Gegensatz zu anderen Orten, wo beim geringsten Mißerfolg alles auseinanderläuft. Bei einer Mitgliederzahl von 6 bis 700 haben sie ohne freigestellten Beamten ihre Sache stets musterhaft geführt, im Beitragszahlen und Abrechnen waren sie stets die pünktlichsten.

Die Würzelener Kollegen zeigen, wie auch in der Hausagitation große Erfolge zu erzielen sind, wenn sie richtig angeleitet und mit Eifer und Energie betrieben wird. Wir empfehlen das Vorgehen der Würzelener Kollegen überall zur Nachahmung, besonders jetzt in den Wintermonaten.
F. W.

S a m b e r g. Während rings umher unter christlicher Metallarbeiterverband vorwärts schreitet, haben wir in Samberg zu klagen, daß unsere Ortsgruppe nur mühsam fortbesteht, und wir sehen uns genötigt, das Verbandsorgan in Anspruch zu nehmen, um durch Klarlegung der Ursachen eine Besserung zu ermöglichen. Vornehmlich müssen wir uns dabei an die Kollegen wenden, welche einer Belehrung in den Versammlungen aus dem Wege gehen. Die Mehrzahl der Kollegen huldigt anscheinend der Ansicht, mit dem Zahlen der Beiträge genug getan zu haben, Versammlungsbesuch, Werben neuer Mitglieder, sind Sachen, um welche man sich nicht kümmert, man überläßt das einigen Wenigen. Da ist es kein Wunder, wenn auf die Dauer auch bei diesen Kollegen angeichts der Trägheit der übrigen großen Zahl der Eifer nachläßt.

Kollegen, wenn wir den Zweck unseres Verbandes erreichen wollen, muß dies unbedingt anders werden. Versammlungsbesuch und Agitieren ist nicht das Schollegium einzelner, sondern ein jeder seinen Mann stellen. Und wenn es wahr ist, und leider ist es nur zu wahr, daß es ungemein schwer ist, die hiesigen Arbeiter für den Organisationsgedanken zu gewinnen, dann muß dies erst recht ein Ansporn sein zur intensiven Agitation, es darf dann erst recht nicht die Agitationsarbeit den paar Kollegen überlassen werden. Kollegen, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Von jetzt an muß ein jeder Kollege es sich zur Pflicht machen, wenigstens einmal im Monat zur Versammlung zu erscheinen und sich dort seinen Mut zur weiteren Arbeit zu zeigen und sich weiter schulen. Ein Vertreter in der Werbung neuer Mitglieder muß Platz greifen. Steht Euren neuen Vorsitzenden, Kollegen Dauer, mit Mut und Tat zur Seite im Kampfe für unsere gerechte Sache

...Platzgewinnen. Seid überzeugt, wenn so ein jeder seinen Mann stellt, mag dann auch die hiesige Arbeiterchaft ansehnlich den Barbarenschlag schlagen, wir werden sie aufhellen, und mögen die Hindernisse, die sich uns entgegenstellen, noch so groß sein, wie werden ihnen trotzig die Stürme bieten und dieselben überwinden. Dann wird es auch für die hiesige Arbeiterchaft Frühling werden. Wo auf, Kollegen, ergreift die Fahne, grüßet, werbet! Treue und ergabt und müht ein für unser Ziel.
10. 5.

S a m b e r g. In unserer am 20. November stattgefundenen sehr zahlreich besuchten Versammlung konnten wir zu unserer Freude unseren Verbandsvorsitzenden Kollegen Wieser begrüßen, welcher aus Anlaß der am 24. November hier stattf. stattgefundenen Bezirkskonferenz nach Deutschlands Handels-Metropole gekommen war. Nachdem einige geschäftliche Angelegenheiten zur erledigung gelangt waren, ergreift Kollege Wieser das Wort zu einem passenden Vortrag. In großzügiger Weise entwarf Redner ein Bild von dem Verbleib der deutschen Arbeiterbewegung im Allgemeinen, um dann in eingehender Weise die Entstehung und Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu skizzieren. Ganz besonders ging Redner auf die Weltanschauungsfrage ein und zeigte an trefflichen Beispielen, daß nur auf dem Boden des Christentums die soziale

Mannheim erlebten. Dem ersten Kongress in Mannheim ausgehend, hob er hervor, wie in der christlichen Arbeiterbewegung seitdem auf der ganzen Linie ein Fortwärtsschreiten zu beobachten war, wie die Bewegung allmählich die Aufmerksamkeit von Staat und Gesellschaft auf sich lenkte, so daß heute die christliche Arbeiterbewegung eine einflussreiche Stellung in der ganzen Arbeiterbewegung einnimmt. Von den Forderungen, die auf dem Kongress vertreten wurden, war es vor allem der Arbeiterjahrgang für die Gültigen und Wagnisarbeiter. Die Zahlen der Unfälle und Krankheiten übersteigen jene des gewöhnlichen und ungeschulten, des Proletariats. Das sei eine deutliche Sprache. Auch betreffs Lohn- und Arbeitszeit steht es in diesem Sinne gegenüber andere Staaten, wie zum Beispiel England, noch recht schlecht aus. Trotzdem Deutschland 2 Millionen Tonnen Eisen mehr produziert als England, finden sich, daß in England höhere Löhne verdient werden und die Arbeitszeit für Feuerarbeiter auf acht Stunden herabgesetzt ist. Sicher ein Zeichen, daß die deutschen Gültigen und Wagniswerte in der Lage sind, die Wagnisarbeit einzuführen. Auch die Wohlfahrtsanstalten auf den einzelnen Gültigenwerten wurden einer Kritik unterzogen. Zum Schluß betonte Redner, wenn die christliche Arbeiterchaft den Forderungen den nötigen Nachdruck verleihen will, so muß sie unermüdet weiter arbeiten am Ausbau der christlichen Bewegung, zum Nutzen und Frommen der ganzen Arbeiterchaft.

Kollegen von Oggersheim! Auch ihr habt die gleichen Interessen, wie die übrigen Kollegen unseres deutschen Vaterlandes.

Wollt ihr diese Forderungen recht bald in die Tat umgesetzt sehen, dann ist es notwendig, daß ihr ein ganz anderes Interesse zeigt als bisher.

Es ist von vielen Stellen und schon oft im Organ auf den nächsten Versammlungsausschuss hingewiesen worden. Auch hier ist es wahrhaftig einmal an der Zeit, den Kollegen das Gemissen zu schärfen. Nicht in Kämmerlein, auch nicht mit Schaßkopfspielen könnt ihr eure Sache verbessern, sondern nur allein durch Euren Berufsverband

Kollegen! Solange ihr Euch nicht rührt, werdet ihr weder von Arbeitgebern noch von Gegnern geachtet werden. Es werden einfach über Euch hinweg zur Tagesordnung übergehen. Bedenket immer, daß ein Vorsitzender allein nie alles machen kann und wenn es der beste wäre. Alle müssen mithelfen mit dem Gedanken: Vereinte Kraft Großes schafft, wer einzam steht, verloren geht.

S e n a b r u c k. In unserer Mitglieder-Versammlung vom 24. November hatten wir wegen Wegzug des bisherigen die Neuwahl eines anderen Kassierers vorzunehmen. Aus der Wahl ging Kollege Rößl einstimmig hervor. Der Vorsitzende dankte dem bisherigen Kassierer im Namen aller Kollegen herzlich für seine eifrige und pflichttreue Arbeit und forderte die Mitglieder auf, den neuen Kassierer durch rege Mitarbeit, insbesondere aber durch pünktliche Entnahme der Beiträge in seinem schweren Amt zu unterstützen. Hieran kam die Neuwahl des hiesigen protestantischen Pastors Dr. Mannhuden zur Sprache, der im Co-

...Sozialdemokrat sein könne, ohne seiner Gesinnung etwas zu vergeben. In der Hand von Zitaten und Beispielen aus dem sozialdemokratischen Lager erbrachte unser Vorsitzender den Beweis, für die völlige Unhaltbarkeit dieser Behauptung. Hoffentlich würden sich die evangelischen Arbeiter durch die Haltung dieses protestantischen Theologen nicht irreführen lassen. Der zufällig als Gast anwesende Sekretär Fimnich vom Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter ging auf die Angelegenheit noch näher ein. Dr. Mannhuden siehe mit seiner Ansicht so ziemlich allein auf weiler Seite. Die evangelische Geistlichkeit stehe in ihrer überwältigenden Majorität auf dem entgegengegesetzten Standpunkt. Einpänner gebe es bekanntlich in jedem Stand und in jedem Lager; es seien eben die Ausnahmen von der Regel und solchen Einzelerscheinungen sei eine größere Bedeutung nicht beizumessen. Nach dem glänzenden Verlauf des Berliner Kongresses könnten die christlichen Arbeiter mit Vertrauen in die Zukunft blicken. Jeder einzelne von uns habe aber die Pflicht, seinen Posten auszufüllen und am Ausbau unserer Bewegung mitzuarbeiten.

Und nun noch ein ernstes Wort an unsere Mitglieder. Wo soll das hinausführen, wenn der Versammlungsbesuch kein besserer wird? Es ist ja ein Jammer, die Untertreueigkeit bei vielen unserer Kollegen anzusehen. Sind das überzeugte, pflichtbewusste Gewerkschaftler, die das ganze Jahr hindurch die Versammlungen schwänden? Da muß auch den Kollegen schließend der Mut fehlen, wenn sie diese Kamperei fortwährend beobachten müssen. Kollegen, das muß besser werden. Laßt Euch alle einmal auf und gelobt, in Zukunft ohne zwingenden Grund keine Versammlung zu veräumen, dann wird auch unsere Ortsgruppe er voll genommen.

S o s i a l d e m o k r a t i s c h e. Ueber den zweiten Deutschen Arbeiterkongress sprach in einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung am 20. November Kollege Bergmann-Duisburg. Eine andere Bedeutung habe der Kongress durch die Anwesenheit der Minister und Vertreter der bürgerlichen Parteien erlangt. Ueber die auf dem Kongress vertretene Million Arbeiter und Angestellten könne die Öffentlichkeit nicht mehr schuldig hinwegsehen. In seiner Programmrede habe er neue Staatssekretäre die Gleichberechtigung des Arbeitenden mit den andern Ständen als Vertreter der Staatsregierung öffentlich anerkannt mit seinen Worten, er kenne keine größere Aufgabe, als die bestehende machtvolle Arbeiterbewegung in die Gesellschaft einzuordnen. Dann beruhte Redner eingehend die verschiedenen Verhandlungsgenstände, wie die Beschlüsse des Kongresses, unter besonderer Betonung der Frage des Arbeiterjahrganges in der Gewerbe- und gesundheitsgefährlichen Industrie.

Er schloß, nachdem er die Stellung der Presse zum Kongress kurz behandelt, mit der Aufforderung zur eifrigsten, unermüdeten Weiterarbeit an dem Ausbau unserer Gewerkschaften, zum Nutzen des Arbeiterstandes und zum Wohle unseres Vaterlandes.

Dann ergreift der als Gast erschienene hochw. Herr Kaplan Viehler das Wort. Er betonte unter anderem, daß die Bestrebungen des Arbeiterstandes, die wirtschaftliche, soziale und politische Gleichberechtigung zu erlangen, im vollen Einklang mit der christlichen Weltanschauung ständen. Um das Ziel zu erreichen, sei der Beitritt aller Arbeiter in die christlichen Organisationen unbedingt notwendig. Wenn er die christlichen Arbeiter zum Eintritt in die christlichen Gewerkschaften auffordere, so wisse er sich darin nicht mit dem Oberhirten der Kölner Erzbischof, dem hochw. Herrn Kardinal Fischer, der schon wiederholt öffentlich für die christlichen Gewerkschaften eingetreten sei. Ganz entgegen den seien auch die Angriffe zurückzuführen, die in letzter Zeit, insbesondere von sozialdemokratischer Seite gegen den Herrn Kardinal gerichtet wurden. Direkt unklar, die Tatsachen auf den Kopf gestellt, sei die Behauptung, der Herr Kaplan Weinand von Würzelen sei wegen seinem Eintreten für die Arbeiter verhaftet worden. Es sei der Wunsch des Herrn Weinand gewesen, sich weiter dem Studium zu widmen und seine Berufung nach Rom sei eine Auszeichnung und Ehre für ihn. Die Angriffe der sozial. Presse könne die Treue und Ergebenheit der katholischen Arbeiter zu ihrem Kirchenfürsten nicht im geringsten erschüttern.

Begeisterter Beifall folgte diesen Ausführungen. Ferner sprach noch Kollege Mertelbach, der in begeisterten Worten zur eifrigsten Winteragitation aufforderte. Nach einem Schlusswort des Vorsitzenden wurde die schon verlaufene Versammlung geschlossen. Mehrere Neuzugänge resp. Übertritte waren zu verzeichnen. Dem tatkräftig hinein in die Winteragitation!

G i e n. (Sektion Schlosser und Schmiede im Klein-gewerbe.) In der Nr. 16 unseres Organs hatten wir uns die Freiheit erlaubt, für unsere Sektion einen kleinen Artikel zu veröffentlichen. Dieser Artikel muß anscheinend dem roten Schmiedeverband arg in die Glieder gefahren sein. In der Nr. 47 geht die Schmiede-Zeitung auf unsern Artikel ein. Die Befürchtung, daß sich der christliche W. G. an dem Schmiedeverband noch die Zähne ausbeissen werde, wird nicht eintreffen, da der Schmiedeverband besonders hier in Gien nicht aus so selten, soliden Stoff besteht, um sich die Zähne an ihm ausbeissen zu können. Anders Verbände sind schon dem Schmiedeverband mit gutem oder vielmehr schlechtem Beispiel vorangegangen und dem großen Magen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes zum Opfer gefallen. Die Zeit wird ja lehren, daß wir Recht hatten.

Dann kommt der Artikelschreiber auf die unserer Sektion angehörenden Bauschlosser zu sprechen und meint, selbstig müßten uns ein lebensfähiges Gebilde schaffen. Der gute Mann vom Schmiedeverband scheint den Namen unserer Sektion (Sektion Schlosser und Schmiede im Klein-gewerbe) nicht zu verstehen, da doch in unserer Sektion nur Kollegen von Kleinbetrieben, also nur Fuß- und Wagen-Schmiede und Bau- und Kunstschlosser von Kleinbetrieben Aufnahme finden. Wenn wie sämtliche Schmiede, welche in Gien christlich organisiert sind, zu unserer Sektion zählen, würden wir werden wir den Schmiedeverband mindestens um das schmeiche überflügeln. Aber, wie wir schon anführten sind in unserer Sektion nur Kollegen vom Klein-gewerbe. Im übrigen würde der Schmiedeverband die Bauschlosser von diesen erst aufnehmen, wenn er sie nur bestimme

Witze. Große durch den Umstand, daß der Vorstand des Schmiedeverbandes fast ausschließlich in Schloßereien beschäftigt ist, beweist er, daß wir mit unserer Charakterisierung des Schmiedeverbandes Recht hatten.

Hüter der Artikelrechte von dem Vertrag in Düsseldorf geschieden, so hätte sich selbst eine Blamage gepart. Er hat nämlich vergessen anzuführen, daß man den einen zwei in Düsseldorf im Schmiedeverband organisierten Schmiedegewerkschaften einen mit in der Kommission wählte, und daß dieses Kommissionsmitglied es gewesen ist, welches die Herabsetzung der Forderung der Gesellen anregte. Als man das freie Kommissionsmitglied nicht mehr zuließ, war es mit möglich, die Forderungen der Gesellen durch den christlich-sozialen Metallarbeiterverband durchzuführen. Hier ist auch das Wort, welches der Artikelschreiber gegen den großen Worten ihrer Legitimation, sondern nach ihren Taten eingeschätzt werden darf. Das Recht überlassen wir jedem aufgeklärten, rechtlich denkenden Arbeiter selber und wir sind sicher, daß dasselbe nicht zu unseren Ungunsten ausfällt.

Auf die persönlichen Angriffe des Artikelschreibers in der Schmiedezitung gegen W. G. wollen wir nicht eingehen. Jedenfalls war es unsere Pflicht und Schuldigkeit, die in-differente Kollegen aufzuklären, in welcher Organisation ihre Interessen am besten vertreten werden. Danach kann für jeden christlich-denkenden Fuß- und Wagenschmied in die Parole lauten: Hinein, in den christlich-sozialen Metallarbeiterverband.

Oberhausen (Hsb.) - Wir haben keine Dramatik mehr nötig. Der Verband hat uns ja die vollständige Gehalt gebracht, und mehr wollen wir nicht haben. Es hätte man doch öfter reden von Arbeitern aus dem Jinhofen der Firma W. G. Grillo. Aber ach, — im Halb hat sich dieses geändert. Lohnmäßige und ungerade! Strafen seitens des neuen Meisters von Dorsten sind heute zur Tagesordnung geworden. Arbeiter sollen sich die Arbeiter bei demselben die schlimmste Willkürherrschafft gefallen lassen. Früher wurde von Seiten der Direktion jedes mal ein Straftag gemacht, wenn ein neuer Meister proklamiert wurde. Früher von Dorsten aber denkt, du hast mit den Arbeitern immer ein Duzi zu gestanden, jetzt muß ich mit auf andere Art und Weise bei meinen Untergebenen höchst verfahren. Ein Mittel ist nun schnell gefunden. Er legt eine Liste auf, wo jeder unterschreiben muß, daß Herr von Dorsten von jetzt ab nur noch mit „Meister“ angesprochen werden darf. Ob er es nicht noch lieber sähe, daß man ihn mit — Herr Meister anredet, entzieht sich jeglicher Kenntnis. Mit diesem Zirkular kam er auch nun zu dem Arbeiter E. Derselbe ist in dem Werk vor einigen Jahren beurlaubt und nach dieser Zeit etwas tiefsinnig, mit einem Wort gesagt, ein armer Krüppel. Derselbe teilte sich aber zu unterzeichnen und wurde deswegen mit 50 M. Strafe belegt. Als der Arbeiter nun zu dem Herrn Meister ging, um sich wegen der Strafe zu beschweren, da antwortete ihm derselbe: „Wenn du nicht unterschreibst, dann bist du mit der Pote.“ Als er trotzdem nicht unterschreiben wollte, machte der Herr Meister von Dorsten Gebrauch und kündigte den Arbeiter, der ihm gefunden Knochen bei der Firma zum Opie gebracht hat und jetzt als armer Krüppel aufs Pflaster liegen soll.

Zwei andere Arbeiter mußten ebenfalls mit der Gewalt des Herrn Meisters Bekanntschaft machen, sie wurden gekündigt. Bei einem wurde dann die Kündigung wohlwollend zurückgezogen, mußte aber dafür 3 Mark Strafe bezahlen. Als nun von einem Dutzend noch einige Arbeiter nicht unterschreiben wollten, verbot er allen Arbeitern seines Betriebes, am Freitag hier zu kommen. Ob die Firma von den Unmässigkeiten ihres Herrn Meisters von Dorsten unterrichtet ist, glauben wir kaum. Denn solange die Arbeiter-schaft des Werkes nicht organisiert ist, hat dieselbe jedem ihrer Vorgesetzten Achtung und Respekt entgegen gebracht, was natürlich von Seiten der anderen Vorgesetzten den Arbeitern gegenüber bisher auch getan worden ist, ohne daß sie durch ihre Unterschrift dazu gezwungen wurden. Wenn natürlich — wie nach dem Bericht — der Herr Meister von Dorsten jeden seiner Untergebenen mit Du anredet, dann kann er auch nicht verlangen, daß die Arbeiter Respekt vor ihm haben. Denn die Arbeiter haben ein Recht, von ihm unabhängig behandelt und angesprochen zu werden.

Diese Vorverurteilung in dem Jinhofen beweisen aber zur Genüge, daß man so nur eine unorganisierte Arbeiterschaft behandeln kann. Die Arbeiter haben nun durch ihre Gehalt schon schwer darunter leiden müssen, daß sie damals der Organisation unterworfen wurden. Hoffentlich haben sie jetzt einsehen gelernt, daß man ohne Organisation ein Fangball dieser Herren ist. Deshalb, Kollegen des Grillo-werkes, haltet euch im Kampf um die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes. Ihr, die ihr es noch nicht für nötig gehalten habt, Euch den anderen Kollegen anzuschließen, lernt an den Vorverurteilungen im Jinhofen. Nur durch die Organisation wird der einzelne Arbeiter stark genug, um solchen Schikanen entgegenzutreten zu können.

Regierungsbezirk Aachen.

Das Bezirksamt der christlichen Gewerkschaften für Aachen und Umgebung veranstaltet am Sonntag, dem 19. Januar 1908, vormittags 10 Uhr, im Gesellschaftshaus zu Aachen, Pontstraße 56, einen Krankentagg für die Vertreter der Arbeiter in den Orts-, Betriebs- und Knappschaftskassen des Regierungsbezirks Aachen. Diese Tagung soll den Zweck haben, eine engere Fühlungnahme der Arbeitervertreter der obengenannten Kassen herbeizuführen, sowie Stellung zu nehmen zur geplanten Reform der Arbeiterversicherung.

Die Tagesordnung lautet:

1. Der Aufbau der Arbeitervertretung in der sozialen Gesetzgebung. Referent Herr Franz Müller - Aachen, Krankentaggbeauftragter und Stadtvorordneter.
2. Bedeutung und Reform der Krankentaggversicherung. Referent H. Diez, Sekretär des Polizeibureau zu Aachen.

Wir richten die dringende Bitte an alle im Regierungsbezirk bestehenden Ortsstellen, örtliche Kommissionen und Vorstände der christlichen Gewerkschaften sowie an die konfessionellen Arbeitervereine, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß möglichst alle Kassen auf dieser Tagung vertreten sind. Nähere Auskunft erteilt bereitwilligst das Sekretariat des Bezirksamtes zu Aachen, Pontstraße 56.

Der Vorstand.

Eine Bitte.

Die Kollegen werden gebeten, mir die Adresse oder Anwesenheit des Drehers Franz Heller, zu letzt wohnhaft in Gellen bei Gelsenkirchen, geboren zu Westfalen, zu kommen zu lassen.

Fritz Heller, Werken bei Düsseldorf 286.

Verjammlungs-Kalender.

Kollegen! Ein pflichtbetonter Gewerkschaftler wird ohne zwingenden Grund in keiner Verjammlung fehlen.

Aachen: Sonntag, den 15. Dez. vormittags 11^{1/2} Uhr Mitglieder-Verjammlung mit Vortrag bei Ringard.

Berlin: Mitglieder-Verjammlung für Groß-Berlin findet jeden 2. Sonntag im Monat abends 9 Uhr im Soziale Engelstr. 30 (an (Erdbeerstr.)) statt. Bureau u. Arbeitsnachweis Berlin D 17 Rüdigerstr. 60.

Bielefeld: Ortsverwaltung, Sonntag, den 15. Dezember abends 4 Uhr öffentliche Verjammlung bei Frau Debour, Herfordstr. 54. Referent: Redakteur Jos. Bergmann Bielefeld.

Bremen: Mitglieder-Verjammlung, Sonntag, den 15. Dezember abends 11 Uhr Verjammlung bei Köber.

Gelsen-Kray: Sonntag, den 15. Dezember, vorm 11 Uhr Verjammlung bei Gartenberg.

Gelbeingänge an die Hauptkasse im Monate November.

Stöpel 76,18 M., Heegen 184,90, Egerle 118,98, Mühlhausen (Hsb.) 269,47, Kallen 251,47, Jantzenhof 225,97, Hagen 92,02, Heine 10,30, Geilinger 95,52, Dhügs 154,39, Gypfels 221,15, Reife 68,14, Schweiler 106,55, Fegnis 117,77, Schm. Gumbel 556,70, Geylingen 49,88, Krichenitz 74,30, Hahn 21,60, Redelshoff 197,90, Richtenberg 101,20, Odenburg 28,12, Hüfen (Hsb.) 18,18, Dürenberger (Ortsverwaltung) 1800,—, Stigen 200,25, St. Denis 10,87, Seide 28,13, Hauert 190,31, Richter 204,30, Ritzsch 219,—, Ritzsch 981,52, Hannover 660,—, Straßburg 21,08, Chem-Straßburg 114,13, Niedersanten 77,74, Jantzenhof-Ordnung 115,52, Heilbronn 51,74, Bremen 598,74, Röhrens 1412,89, Neus 51,20, Städtel 114,28, Eymen 198,90, Kollen 785,48, Straßburg 59,50, Baumheim 650,87, Drenke 717,78, Dänishaus 1547,98, Regensburg 92,85, Jantzenhof 13,55, Baden II 2115,49, Wilsdorf 20,32, Landa 15,54, Hamburg 456,72, Aachen 485,23, Königberg 4,50, Gohls 7,13, Schramberg 429,31, Berlin 1000,—, Bremen-Hannover 741,50, Oberhausen 508,28, Ludwigschafen 307,48, Bockolt 232,76, Hülshausen 65,77, Gründenberg 19,98, Bornum 49,—, Dühren 359,86, Neustadt 110,26, Eitelshoff 75,76, Würzelen 2195,60, Zeppler 7,80, Herndorf 2,90, Buxstadt 84,09, Dresden 98,55, Mannheim 101,—, Dülken 129,32, Darmen 661,54, Kiel 116,—, P. Gladbach 1350,32, Stolberg 857,08, Engelskirchen 197,97, Freising 184,20, Werder 208,06, Bromberg 115,60, Ratingen 178,88, Frielingsdorf 48,05, Neustadt 84,57, Imnigraß 134,05, Verborn 7,43, Gelsenkirchen 1678,95, Roge 24,58, Sozum 1015,78, Saarbrücken 1200,—, Wachen I 1668,55, Leer 63,58, Oberreisbach 179,18, Wilhelmshafen 25,—, Witten i. W. 518,47, Hiesloh 77,93, Meichenich 125,80, Riege 215,70, Soesfeld 32,67, Witten 90,09, Budau 720,10, Lampertheim 26,75, Breslau 32,65, Suisen 31,52, Danzig 18,—, Hamburg 395,95, Kaiserlautern 206,18, Menden 455,68, Düren 585,38, Wittich 11,25, Oberwiesl 95,70, Jugostradt 149,76, Weinheim 28,63, Eöln für Plakate Grüne 110,05 Godesberg 174,82, Osnabrück 1250,63, Essen 15,—, Bar hier 63,23, Meppen 100,—, Mülheim Ruhr 322,25, Delde 565,20, Hamm 2387,03, München 488,97, Gölze 177,15, Frankfurt a. M. 315,16, B88 8,—, Worms 10,50, Düsseldorf 2014,46, Weine 109,85, Theresienhütte 6,72, Schwentzen 41,10, Zeberg 197,15, Kirchen 12,50, Saartbach 78,67, Eslingen 91,55, Paaren 154,50.

Offen-Stadt. Sonntag, den 15. Dezember, abends 7 Uhr Verjammlung im christl. Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr. 19.

Essen-Frohhausen. Sonntag, den 15. Dezember, abends 7 Uhr Verjammlung bei Hülshausen Frohnhauserstraße.

Essen-Segeroth. Sonntag, den 15. Dezember, abends 7 Uhr Verjammlung bei Hülshausen Segerothstraße.

Essen-Verborn. Sonntag, den 22. Dezember, vorm. 11 Uhr Verjammlung bei Hauptmann, Essenerstr.

Essen-Witten. Sonntag, den 22. Dez. abends 6 Uhr Verjammlung bei Wittenberg früher Wirt.

Frauenort a. M. Samstag, den 14. Dez. abends 9 Uhr in der goldenen Jange, Kohlgasse 52 Verjammlung mit Vortrag. Referent: Kollege Scherer Offenbach.

Gelsenkirchen-Ordnung. Samstag, den 14. Dez. abends 8 Uhr bei Felsche.

Gelsenkirchen-Schaffe. Sonntag, den 15. Dez. vorm. 11 Uhr bei Wegner.

Gelsenkirchen-Witten. Sonntag, den 15. Dez. nachm. 4 Uhr außerordentliche Mitglieder-Verjammlung Janzen Gde Kirch und Heimrichstr.

Köln-Deutz. Nächste Verjammlung Samstag den 14. Dezember abends 9 Uhr bei Tages Wachtelstr.

Köln. Mitglieder-Verjammlung am Samstag, den 14. Dezember abends 9 Uhr. Referent: Gen. Sekretär Jelder. — (Sektion des Schmiedes.) Jeden 4. Donnerstag im Monat. — (Sektion des Klempners.) Jeden 1. Samstag im Monat. — (Sektion des Schlossers.) Jeden 3. Samstag im Monat. Alles Sozial Glück a. Halle, Lauenburgstr. 4. Bureau u. Arbeitsnachweis Friesenwall 11.

Mannheim. Unsere Mitglieder-Verjammlungen finden regelmäßig alle 14 Tage statt, nicht mehr in der „Niederhalle N. 7.“ sondern im „Verkehrshaus“ (Arbeitervereinslokal).

München. Samstag, den 21. Dezember abends 8 Uhr Monats-Verjammlung im Anter Geylerstr. 30 mit Referat v. H. Arbeitersekretär Kraus über Unfallversicherung.

Neustadt-Rußbach. Samstag, den 21. Dezember abends 8 Uhr Verjammlung bei Leidenheimer.

Nürnberg. Sonntag, den 15. Dez. nachm. 4 Uhr Verjammlung bei Eisenbach-Wisera. Mitgliederbücher sind mitzubringen.

Reisberg. Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 5 Uhr öffentliche Verjammlung bei H. Senge (Zur Post). Referent: Kollege Weinbrenner.

Reisberg. Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 5 Uhr öffentliche Verjammlung bei Joseph Graaf, Sängerkollegienstraße. Jeden Freitag abends von 8—9 Uhr Gesangs- und bei Kollege Anton Rogel, Rühlgenerstraße. Dasselbst werden die Verhandlungen der Mitglieder entgegengenommen, sowie Auskunft erteilt.

Wasseralfingen. Sonntag, den 15. Dezember nachmittags 4 Uhr Monats-Verjammlung im Saal Wasseralfingen.

Weslau. Sonntag, den 15. Dez. nachm. 3 Uhr öffentliche Verjammlung im Lokal von Heinrich Henkel 7. Referent: Kollege Schmidt-Göln. Um 2 Uhr Verhandlung und Vertrauensmännerwahl. Vorstandsmitglieder der Kartell-Liga müssen erscheinen.

Witten. Sonntag, den 15. Dez. nachm. 5 Uhr außerordentliche General-Verjammlung im evang. Versandshaus.

Witten-Sinn. Freitag, den 15. Dezember, nachmittags 4 Uhr außerordentliche General-Verjammlung im evang. Versandshaus.

Literarisches.

Die Bucher eignen sich vorzüglich als Geschenke für den Arbeiter und gibt Verwaltungen, sowie Schloßern, Fräulein, Drehern über alle in der Werkstatt vorkommenden Fragen Aufschluß. Preis 3 Mk. pro Stück.

Zu beziehen durch den Verlag von Aug. Hilger, Unter den Eichen und Ritale Hügel, Berlin, Schwedenstraße 13 II.

Die dringende Bitte an alle im Regierungsbezirk bestehenden Ortsstellen, örtliche Kommissionen und Vorstände der christlichen Gewerkschaften sowie an die konfessionellen Arbeitervereine, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß möglichst alle Kassen auf dieser Tagung vertreten sind. Nähere Auskunft erteilt bereitwilligst das Sekretariat des Bezirksamtes zu Aachen, Pontstraße 56.

Der Vorstand.

Die dringende Bitte an alle im Regierungsbezirk bestehenden Ortsstellen, örtliche Kommissionen und Vorstände der christlichen Gewerkschaften sowie an die konfessionellen Arbeitervereine, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß möglichst alle Kassen auf dieser Tagung vertreten sind. Nähere Auskunft erteilt bereitwilligst das Sekretariat des Bezirksamtes zu Aachen, Pontstraße 56.

Der Vorstand.

Die dringende Bitte an alle im Regierungsbezirk bestehenden Ortsstellen, örtliche Kommissionen und Vorstände der christlichen Gewerkschaften sowie an die konfessionellen Arbeitervereine, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß möglichst alle Kassen auf dieser Tagung vertreten sind. Nähere Auskunft erteilt bereitwilligst das Sekretariat des Bezirksamtes zu Aachen, Pontstraße 56.

Der Vorstand.

Die dringende Bitte an alle im Regierungsbezirk bestehenden Ortsstellen, örtliche Kommissionen und Vorstände der christlichen Gewerkschaften sowie an die konfessionellen Arbeitervereine, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß möglichst alle Kassen auf dieser Tagung vertreten sind. Nähere Auskunft erteilt bereitwilligst das Sekretariat des Bezirksamtes zu Aachen, Pontstraße 56.

Der Vorstand.

Die dringende Bitte an alle im Regierungsbezirk bestehenden Ortsstellen, örtliche Kommissionen und Vorstände der christlichen Gewerkschaften sowie an die konfessionellen Arbeitervereine, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß möglichst alle Kassen auf dieser Tagung vertreten sind. Nähere Auskunft erteilt bereitwilligst das Sekretariat des Bezirksamtes zu Aachen, Pontstraße 56.

Der Vorstand.

Die dringende Bitte an alle im Regierungsbezirk bestehenden Ortsstellen, örtliche Kommissionen und Vorstände der christlichen Gewerkschaften sowie an die konfessionellen Arbeitervereine, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß möglichst alle Kassen auf dieser Tagung vertreten sind. Nähere Auskunft erteilt bereitwilligst das Sekretariat des Bezirksamtes zu Aachen, Pontstraße 56.

Der Vorstand.

Die dringende Bitte an alle im Regierungsbezirk bestehenden Ortsstellen, örtliche Kommissionen und Vorstände der christlichen Gewerkschaften sowie an die konfessionellen Arbeitervereine, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß möglichst alle Kassen auf dieser Tagung vertreten sind. Nähere Auskunft erteilt bereitwilligst das Sekretariat des Bezirksamtes zu Aachen, Pontstraße 56.

Der Vorstand.

Die dringende Bitte an alle im Regierungsbezirk bestehenden Ortsstellen, örtliche Kommissionen und Vorstände der christlichen Gewerkschaften sowie an die konfessionellen Arbeitervereine, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß möglichst alle Kassen auf dieser Tagung vertreten sind. Nähere Auskunft erteilt bereitwilligst das Sekretariat des Bezirksamtes zu Aachen, Pontstraße 56.

Der Vorstand.

Die dringende Bitte an alle im Regierungsbezirk bestehenden Ortsstellen, örtliche Kommissionen und Vorstände der christlichen Gewerkschaften sowie an die konfessionellen Arbeitervereine, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß möglichst alle Kassen auf dieser Tagung vertreten sind. Nähere Auskunft erteilt bereitwilligst das Sekretariat des Bezirksamtes zu Aachen, Pontstraße 56.

Der Vorstand.